

**Wortprotokoll 31. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2019/2023
21. Legislaturperiode**

**Donnerstag, 11. Mai 2023, 18.00 Uhr
im Rathaussaal**

Anwesend	39 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Käslin
Absolutes Mehr	20
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GR Wolfender
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Stv. Stadtschreiberin Janine Benz

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 23. März 2023

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Balachanthiran, Kerthana
3. Bekaj, Valdrin
4. Brommer-Kern geb. Brommer, Elisabeth
5. [REDACTED]
6. Prier, Carla

Informationen

7. Bericht Präsident Geschäftsprüfungskommission

Botschaften

8. Jahresbericht 2022 Stadt Kreuzlingen - Kenntnisnahme

9. Jahresrechnung 2022 Stadt Kreuzlingen
10. Geschäftsbericht 2022 Energie Kreuzlingen - Kenntnisnahme
11. Jahresrechnung 2022 Energie Kreuzlingen

Postulate

12. Postulat "Gendergerechte Sprache - Sichtbarkeit für alle Geschlechter" / Stellungnahme
13. Postulat Seeradweg - eine zukunftsweisende Velostrasse / Stellungnahme

Verschiedenes

14. Schriftliche Anfrage betreffend Standort Flüchtlingsunterkünfte in Konstanz / Beantwortung
15. Verschiedenes
- 15.1. Post Provisorium
Fragen von Gemeinderat Jost Rüegg

Der Ratspräsident: Ich begrüße euch ganz herzlich zur letzten Gemeinderatssitzung in dieser Legislatur. Manchmal ist es schon erschreckend, wie schnell vier Jahre an einem vorüberziehen. Nach der heutigen Sitzung haben wir noch unser Legislaturendessen; zu gegebener Zeit wird uns vor dem Rathaus ein Stadtbus abholen und ins Seemuseum fahren.

Wer sich wundert, was neben dem Bild, welches ich für mein Amtsjahr ausgewählt habe, hier noch für lustige Dekorationen hängen, das ist die Musik, die ich höre. Es sieht ein bisschen "gfürchig" aus, ist auch ein bisschen "gfürchig", aber nicht so schlimm, wie man denkt. Und dafür danke ich ganz herzlich unserem Hauswart Michael Burkhardt.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 23. März 2023

Abstimmung

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände gegen die Einbürgerungsanträge vor.

2. Balachanthiran, Kerthana

Entscheid

Balachanthiran, Kerthana wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Bekaj, Valdrin

Entscheid

Bekaj, Valdrin wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Brommer-Kern geb. Brommer, Elisabeth

Entscheid

Brommer-Kern geb. Brommer, Elisabeth wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.



Entscheid



6. Prier, Carla

Entscheid

Prier, Carla wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Mit diesem Akt hier wird Ihnen das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt und Ihr Gesuch geht weiter an den Kanton Thurgau. Ich hoffe, Sie fühlen sich jetzt als Kreuzlinger Bürger und Bürgerinnen mindestens ebenso wohl bei uns wie vorher. Ich gratuliere Ihnen im Namen des gesamten Gemeinderats ganz herzlich zu diesem Schritt und bitte jetzt auch um einen grossen Applaus.

Informationen

7. Bericht Präsident Geschäftsprüfungskommission

GR Gremlich: Das Berichtsjahr 2022-2023 war stark geprägt von Überprüfungen durch die Subkommissionen in den verschiedenen Departementen. Der grösste Aufwand fiel dabei auf die Subkommission Kult-X. Folgende Themen haben wir miteinander behandelt:

Sitzung vom 27. Juni 2022, Thema Kult-X: Aufgrund der unübersichtlichen Ausgangslage wurden von der zuständigen Stadträtin Dorena Raggenbass weitere Unterlagen angefordert. Auch dem Kult-X musste man die Möglichkeit geben, allfällige fehlende Unterlagen nachreichen zu können. Im Weiteren wurde die Revisionsgruppe der FRK für die genaue Buchprüfung beauftragt. Das Thema Kult-X wurde aus diesem Grund für die nächste GPK-Sitzung vom August 2022 neu traktandiert.

Subkommission Bauverwaltung: Mitglieder waren Cyrill Huber (Leitung), Xaver Dahinden und ich. Cyrill Huber stellte vorgängig einen sehr ausführlichen Fragebogen zusammen. Dafür nochmals recht herzlichen Dank für diese intensive Vorarbeit. Durch den Schlussbericht wurden die Mitglieder der GPK sehr detailliert über die Arbeit der Subkommission informiert. Dabei versuchte man auch, die externe Sicht nachzuvollziehen. Der Bericht wurde anschliessend an den Stadtrat überwiesen, um dazu Stellung zu nehmen.

Sitzung vom 22. August 2022, Thema Ergebnis Mitarbeitendenbefragung: Als externe Personen waren Heidi Blanken von der Firma ValueQuest GmbH und Smaro Fuster, Leiterin Personaldienst anwesend. Frau Blanken präsentierte uns die Ergebnisse sehr ausführlich und detailliert. Die Befragung zeigte in den meisten Punkten eine starke Verbesserung gegenüber der letzten Befragung aus dem Jahr 2016 auf, was der Stadtpräsident Thomas Niederberger sehr erfreut zur Kenntnis nahm. Im Weiteren zeigte sich, dass die teils höhere Arbeitsbelastung die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

nicht massgeblich negativ beeinflusst hat. Durchgehend kritisiert wurde jedoch die mangelnde Einflussnahme auf den Arbeitsprozess. Diese Kritik nimmt Thomas Niederberger zum Anlass, diesen Umstand in Zukunft zu verbessern. Die nächste Befragung soll in ca. 2-3 Jahren stattfinden.

Thema Kult-X: Das komplexe Thema und die Voraussetzung der Gleichbehandlung gegenüber allen involvierten Parteien bewog einige Mitglieder dazu, eine Subkommission ins Leben zu rufen. Diese wurde bei der Abstimmung grossmehrheitlich befürwortet. Im Weiteren äusserten die Mitglieder den Wunsch, einen Rechtsberater hinzuzuziehen. Als Mitglieder wurden gewählt: Xaver Dahinden (Leitung), Cyrill Huber, Elmar Raschle und ich. Die Subkommission nahm die Arbeit im September 2022 auf mit dem Ziel, bis Ende November 2022 einen Bericht zuhanden der GPK erstellen zu können.

Sitzung vom 26. September 2022, Thema Informationen zum Öffentlichkeitsgesetz: Als externe Person war Stadtschreiber Michael Stahl anwesend. Einleitend merkte der Stadtpräsident an, dass das Gesetz bereits 2019 angenommen wurde und seit dem 1. Juli 2020 in Kraft ist. Der Stadtschreiber präsentierte uns anschliessend die Wegleitung zum Öffentlichkeitsgesetz des Kantons Thurgau. Im Anschluss wurden folgende Fragen behandelt: Wie werden die Kommissionsprotokolle gehandhabt? Solange es keine Nachfrage gibt, wird nicht alles automatisch veröffentlicht. Eine Richtlinie (Reglement) ist nicht geplant, weil im Gesetz alles bereits geregelt ist. Sind die Auskünfte kostenlos? Dies wurde grundsätzlich bejaht, bei grösseren Rechercheaufträgen kann der Aufwand aber verrechnet werden. Dazu gibt es eine Position im aktuellen Gebührentarif. Wo werden die Gesuche eingereicht und wer hat das Controlling? Anfragen werden am Anfang bei der Kanzlei eingehen, damit man sich einen Überblick verschaffen kann, was nachgefragt wird. Zu einem späteren Zeitpunkt kann dies aber auch direkt erfolgen.

Sitzung vom 9. Januar 2023, Thema Kult-X, Bericht der Subkommission: Xaver Dahinden präsentierte der GPK einen mehrseitigen, sehr umfangreichen Bericht. Auch hierfür einen recht herzlichen Dank an Xaver für diese wertvolle Arbeit. Ich werde mich an dieser Stelle wirklich nur auf das Wesentlichste konzentrieren. Insgesamt waren 8 Sitzungen nötig, um allen Themen gerecht werden zu können. Die Subkommission befasste sich zuerst eingehend mit den verschiedenen Dokumenten und forderte von der zuständigen Stadträtin Dorena Raggenbass nochmals weitere Unterlagen an. Als Folge davon wurden folgende Personen eingeladen: Barbara Hummel, Gemeinderätin und Leiterin der Revisionsgruppe FRK, Martina Reichert, Vizepräsidentin Vorstand Kult-X, Christine Forster, Leiterin Projekte und Geschäftsstelle Kult-X, Stephan Militz, Mitarbeiter Geschäftsstelle und Vorstand, ein Vertreter des Treuhandbüros in Kreuzlingen, Dorena Raggenbass als zuständige Stadträtin sowie Thomas Niederberger als Stadtpräsident. Als konkrete Brennpunkte stellten sich folgende Themen heraus: Vertrauensverlust seitens Kult-X gegenüber dem Stadtrat, Verflechtungen im Kult-X, Vorgehen des Stadtrats, Rolle der Kulturkommission, Jahresrechnung 2021 Kult-X sowie die Weitergabe des provisorischen Revisionsberichts. Verlauf der Eskalation: In Entwicklungsphasen wird erprobt, evaluiert und verbessert. In dieser Zeit von Test und Aufbau ist das Ringen um Lösungen alltäglich. Sachliche Auseinandersetzungen sind normal. Im Lauf des Jahres 2021 haben sich diese Standpunkte aber verhärtet. Schuldzuweisungen ersetzten sachbezogene Diskussionen, dies führte zu Verletzungen und Frustrationen.

Vorgehen des Stadtrats: Abläufe und Rahmenbedingungen, die in der Politik gelten, sind zu respektieren und können dem Stadtrat nicht vorgeworfen werden. Klare Antworten oder Stellungnahmen hätten aber die Situation im Sommer 2021 entschärfen können. Direkte Eingriffe in die Strukturen und in das Leben von Vereinen liegen nicht in der Kompetenz des Stadtrats, ihm sollten aber Mittel zur Verfügung stehen, wenn die Organisation oder die Strukturen gewisse Minimalstandards nicht erfüllen. Einige Aspekte lagen ausserhalb der Einflussmöglichkeiten des Stadtrats und können ihm nicht angelastet werden.

Rolle der Kulturkommission: Es ist nicht Aufgabe der Kulturkommission, Verlautbarungen zuhanden des Gemeinderats abzugeben. Ein Versand an alle Gemeinderäte kommt einer Veröffentlichung gleich, wenn es nicht explizit als vertraulich signiert ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Tonalität des Statements zu hinterfragen, weil auch die emotionale Auflistung der Vorwürfe den Konflikt verschärft hat.

Jahresrechnung 2021 und Revisionsbericht: Rechnung und Budget stimmen in Teilen nicht überein. Die Kostenwahrheit war nur schwer zu erkennen. Die Buchhaltung wurde unprofessionell und unübersichtlich geführt. Die Revisionsfirma musste im ersten Schritt die Buchhaltung revisionstauglich machen.

Diese Ungereimtheiten in der Rechnungsführung hätten den zuständigen Personen in der Stadtverwaltung auffallen müssen. Allen Beteiligten war von Anfang an bewusst, dass der Aufbau eines Kulturzentrums ein sehr ehrgeiziges Vorhaben ist. Dank des Engagements von Vorstand und Geschäftsleitung und dem zuständigen Departement wurden aber rasche Fortschritte erzielt. Dafür hat es auch viel Anerkennung gegeben.

Empfohlene Massnahmen der Subkommission: Eine übergeordnete Steuerungsgruppe, klare Strukturen und Gewaltenteilung, ein Kommunikationsplan schafft Transparenz, Leistungsvereinbarungen und Controlling, ein Beschlussprotokoll nach Absprachen, Modell Trägerverein eventuell anpassen, Konfliktlösungskompetenz und nicht zuletzt die Auslagerung der Administration. Die Subkommission ist überzeugt, dass die empfohlenen Massnahmen solchen Belastungen in Zukunft entgegenwirken. Auch dieser Bericht wurde dann an den Stadtrat überwiesen, um dazu Stellung zu nehmen.

Abrechnung Entschädigung zu Kommissionen: Aufgrund unterschiedlicher Handhabung in Bezug auf Abrechnungen der zusätzlichen Arbeitsstunden wurde dieses Thema traktandiert. Das Ziel muss sein, eine einheitliche Regelung für die Entschädigung zu erreichen. Es geht vor allem um den Zeitaufwand für die Vorsitzenden der jeweiligen Subkommissionen. STP Niederberger stellte fest, dass diese Frage auch schon bei anderen Kommissionen gestellt wurde. Im Weiteren tauchte die Frage auf, wie dies in der FRK-Revisionsgruppe gehandhabt werde. Aus Sicht des GPK-Präsidenten waren die beiden Subkommissionen Bauverwaltung und Kult-X für die jeweiligen Vorsitzenden sehr zeitintensiv und sind demzufolge auch zu entschädigen. Als Vorschlag wurde zum Beispiel eine pauschale Entschädigung genannt. Dieses Thema konnten wir an dieser Sitzung aber nicht zu Ende bringen, es wurde auf die Pendenzenliste gesetzt mit dem Auftrag an den Stadtpräsidenten, der GPK einen Vorschlag zu unterbreiten.

Stellungnahme des Stadtrats zum Bericht Subkommission Bauverwaltung: Der Stadtrat bedankte sich für den offenen Austausch mit der Subkommission. Er ist sehr erfreut, dass grundsätzlich ein positives Bild von der Bauverwaltung vorliegt. Es gebe aber auch Potenzial für Entwicklungen. Die Kundenfreundlichkeit in der Bauverwaltung sei ausbaufähig, angefangen von der räumlichen Situation bis zur Gestaltung der Homepage. Auch die Bereiche Kommunikation und Beratung sollen ausgebaut werden. Weiter ist vorgesehen, im nächsten Jahr eine Überprüfung der Abläufe und Prozesse durchzuführen. Konkreter Optimierungsbedarf besteht auch beim Informationsfluss an den Sitzungen. Auch bei den Baugesuchverfahren und Planungsgeschäften sollen sowohl die Kommission Bau und Umwelt als auch die Kundschaft vermehrt aktiv über den Stand informiert werden. Beim Thema Mitarbeitendenzufriedenheit zeigte sich ein gespaltenes Bild. Einerseits wurde aufgrund der hohen Umgangskultur eine positive Grundstimmung wahrgenommen, andererseits wurde in allen Bereichen eine Zunahme der Arbeitsbelastung und auch der Erwartungshaltungen festgestellt. Der von der GPK empfohlene Beizug von externen Kapazitäten wird geprüft, ist aber nicht in allen Bereichen gewinnbringend umsetzbar.

Sitzung vom 6. März 2023, Thema Reorganisation Abteilung Sicherheit und Häfen: Als Gäste waren Thomas Beringer, zuständiger Stadtrat, und Marc Hungerbühler, Leiter Sicherheit und Häfen, anwesend. Thomas Beringer erklärte uns einleitend, dass im Zug der Pensionierung von Kurt Affolter und der Frühpensionierung von Albert Schuler gleichzeitig die Abteilung Sicherheit und Häfen reorganisiert wurde. Dabei wurde auf die 100 %-Stelle des Ressortleiters im Ordnungsdienst verzichtet und die Aufgabe an einen neuen Abteilungsleiter Marc Hungerbühler übertragen. Marc Hungerbühler stellte sich der GPK kurz vor und wies auf seine verschiedenen Tätigkeiten bei der Kantonspolizei und der Feuerwehr hin. Auf die Frage, ob alle Aufgaben trotzdem reibungslos zu bewältigen seien (kein Samstagsdienst mehr), wies Marc Hungerbühler uns darauf hin, dass das Parkplatzcontrolling nichts mit den Ordnungsdienstangestellten zu tun habe und dies autonom geregelt werde. Im Weiteren sei dies eine Testphase und man könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilen, ob es diese 100 %-Stelle vielleicht doch wieder brauche. STP Niederberger erwähnte, dass mit diesen Pensionierungen gewichtige Abgänge zu verzeichnen seien. Dies könne aber durchaus auch eine Chance sein, den ganzen Betrieb zu überdenken. Schliesslich gebe es im Gemeinderat auch immer wieder Diskussionen über den Stellenetat.

Stellungnahme des Stadtrats zum Bericht Subkommission Kult-X: Der Stadtrat bedankte sich bei der Subkommission Kult-X für die umfassende Aufarbeitung und den Bericht über den Verlauf des Projekts

Kult-X. Die Befragungen der einzelnen Beteiligten durch die Subkommission seien sachlich, wertefrei und nachvollziehbar zusammengefasst worden. Die Empfehlungen der Subkommission werden bei zukünftigen Grossprojekten berücksichtigt. Im Weiteren begrüsst der Stadtrat den Entscheid der GPK, den Geschäftsgang zwischen dem Stadtrat und dem Vorstand Kult-X zu prüfen. Der Bericht geht inhaltlich auf alle Vorwürfe ein und stellt die jeweiligen Aussagen der Befragten gegenüber. In den Leistungsvereinbarungen mit Vereinen und Institutionen sollten in den Rahmenbedingungen auch das Controlling und die Evaluation klarer geregelt werden. Bei Besprechungen werden zukünftig Beschlussprotokolle geführt, um bei Absprachen Klarheit und Vorgehen schriftlich festzuhalten. Seit dem Sommer 2022 arbeitet ein neuer Vorstand im Kult-X, der sich von ursprünglich 7 auf 4 Mitglieder verkleinert hat. Der Kontakt zum Departement Gesellschaft sei jetzt wieder auf gutem Weg. Die Kommission GKS (Gesellschaft, Kultur und Sport) wird über den weiteren Verlauf und die geleisteten Arbeiten ebenfalls regelmässig in Form von Zwischenberichten informiert. Die Entwicklung in den kommenden zwei Jahren werde zeigen, ob die Form des Trägervereins als Betreiber richtig sei. Auf die Frage eines GPK-Mitglieds, ob bei einem Rechtsfall die Mitglieder der zuständigen Kommissionen seitens der Stadt Unterstützung erhalten würden, wurde vom Stadtpräsidenten bejaht, es würde in einem solchen Fall ein Rechtsbeistand gestellt.

Abrechnung Stadtfest: STP Thomas Niederberger bedauerte, dass das Budget nicht eingehalten werden konnte. Am Anfang sei man beim Grobkonzept von einer Zusammenarbeit mit den 4 Quartiervereinen ausgegangen, was sich schlussendlich nicht verwirklichen lassen konnte. Erst etwa 4 Wochen vor dem Stadtfest sei ersichtlich geworden, dass es im Bereich Infrastruktur knapp werden könnte. Daraufhin wurden diverse Sparmassnahmen bei den verschiedenen Ressorts beschlossen wie zum Beispiel der Verzicht auf das digitale Stadtfest mit Liveübertragungen. Bei der ganzen Diskussion wurde man allerdings das Gefühl nicht los, dass dabei zu wenig auf das konkrete Problem hingewiesen wurde. So wurden uns zum Beispiel als Gründe die tiefen Standmieten, zu wenig Helfer, Probleme beim Nachschub von Getränken usw. geschildert. Erst auf mehrmaliges Nachfragen verschiedener GPK-Mitglieder wurde uns erklärt, dass bei der Infrastruktur nur etwa 25 Prozent der Offerten vorlagen. Die Infrastruktur war bekanntlich der Hauptverursacher der Kostenüberschreitungen. Im Weiteren tauchte die Frage auf, ob die Stadt bei einem so grossen Fest wirklich federführend sein müsse oder ob man die Organisation nicht besser Fachleuten, sprich einer Eventorganisation überlassen würde. STP Niederberger gestand ein, dass er die Situation ein bisschen unterschätzt habe und bei einem allfälligen anderen Grossprojekt dies in seine Überlegungen einbeziehen würde. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei allen Mitgliedern der GPK für die durchaus kontrovers, aber immer sachlich geführten Diskussionen bedanken. Ein grosser Dank geht aber auch an Janine Benz. Sie ist eine wertvolle Unterstützung für uns alle und war mir bei der neuen Funktion als GPK-Präsident eine grosse Hilfe. Danke.

Botschaften

8. Jahresbericht 2022 Stadt Kreuzlingen - Kenntnisnahme

GR Kuntzemüller: Auch wenn wir den Bericht nur zur Kenntnis nehmen können, nehmen wir zur Kenntnis, dass er wieder sehr informativ und gespickt mit lebendigen Fotos des Kreuzlinger Zusammenlebens ist. Wir nehmen zur Kenntnis, dass wieder sehr viel Arbeit in diesen Bericht investiert wurde. Wir danken dir, Janine Benz, Chat GPT – das ist ein kleiner Insider für alle, die den Bericht auch wirklich gelesen haben – und allen Beteiligten für ihre grosse Arbeit. Wir sehen sie. Das gilt auch für alle städtischen Angestellten inklusive Energie Kreuzlingen, die jeden Tag einen super Job machen und dazu beitragen, dass es in Kreuzlingen einfach so schön ist, wie es ist. Merci!

9. Jahresrechnung 2022 Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Dufner, Präsident FRK: Ich darf aus der Sitzung der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 21. April berichten, in der wir die Stadtrechnung beraten haben. Die Stadtrechnung weist bekanntlich einen Ertragsüberschuss von CHF 3.4 Mio. aus. Dabei hatten wir einen operativen Erfolg von CHF 1.1 Mio. vor den Neubewertungen und Nettoinvestitionen von rund CHF 15 Mio. Budgetabweichungen hatten wir bei den Neubewertungen im Finanzvermögen von CHF 2.3 Mio., einen Minderaufwand bei der Sozialen Sicherheit von CHF 1.1 Mio. und höhere Gemeindesteuern von CHF 0.8 Mio. Beim Betriebsergebnis haben wir allerdings gesehen, dass wir dort rund CHF 0.9 Mio. im Minus waren. Budgetiert waren CHF 2.1 Mio., also ein Delta von CHF 1.2 Mio. Schaut man sich den gestuften Erfolgsausweis etwas genauer an, sieht man die Buchwertanpassungen bei den Liegenschaften, welche am Schluss zu einem positiven Ergebnis führten. Dort haben wir einen höheren Ertrag von CHF 5.7 Mio. und nur CHF 1.5 Mio. tiefere Bewertung der Liegenschaften. Dies führte am Schluss zum Gesamtergebnis dieser CHF 3.4 Mio. Ertragsüberschuss. Budgetiert war ein Minus von CHF 0.6 Mio., also eine Differenz von CHF 4 Mio. Hält man sich das vor Augen, muss man sich im Klaren sein, dass dieses positive Ergebnis sicher nicht Ausgangslage sein kann, etwas an den Steuern ändern zu wollen, geht das Ergebnis doch auf die Neubewertung der Liegenschaften zurück. Die Stadtrechnung wurde von der Revisionsgruppe der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission genauer angeschaut. Sie stellte sowohl der Finanzabteilung der Stadt wie auch derjenigen von Energie Kreuzlingen ein sehr gutes Zeugnis aus für die Arbeit, die Rechnungsführung, die Zusammenarbeit im Rahmen der Revision. Auch die BDO, die externe Revisionsstelle, welche die beiden Rechnungen immer minutiös prüft, hatte nur Gutes zu berichten. Sowohl die Revisionsgruppe der FRK wie auch die BDO empfehlen den Gemeinderat, die beiden Rechnungen zu genehmigen. Die Revisionsgruppe hat sich auch der Kostenüberschreitungen beim Stadtfest angenommen und der FRK darüber berichtet. Da wir im GPK-Bericht bereits entsprechendes gehört haben, verzichte ich darauf, auch noch darauf einzugehen. Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass die Umstände, die vorgefallen sind, sowohl für die Revisionsgruppe der FRK wie auch für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission nachvollziehbar waren. In der Diskussion der Stadtrechnung tauchten eigentlich wenige Fragen auf. Es kam ein Hinweis, dass die Vorfinanzierung für das Stadthaus spätestens in dem Zeitpunkt erfolgswirksam aufgelöst werden muss, wenn klar ist, dass das Stadthausprojekt auf der Festwiese definitiv nicht kommt. Eine zweite Frage wurde zum Camping gestellt. Im Camping haben wir einen Ertragsüberschuss von CHF 56'000, was verglichen mit den Vorjahren wenig ist. Es wurde gefragt, welches der Grund für diese Situation ist. Uns wurde erklärt, dass das Leiterehepaar leider krank war und man deshalb praktisch einen Parallelbetrieb aufbauen musste, was sich in den Kosten niedergeschlagen hat. Für 2023 hat man sich aber wieder vorgenommen, mindestens CHF 100'000 Ertragsüberschuss erwirtschaften zu können. Vor diesem Hintergrund wurde von der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zuhanden des Gemeinderats eine einstimmige Empfehlung zur Annahme der Rechnung abgegeben.

GR R. Herzog: Reihum hören wir, dass Kantonsrechnungen und kommunale Rechnungen positiv und positiver als budgetiert abschliessen. Auch die Stadt Kreuzlingen legt einen positiven Rechnungsabschluss vor. Wir stellen fest, dass sorgfältig mit den Einnahmen umgegangen worden ist. Kreuzlingen ist weiterhin eine attraktive Wohngemeinde mit einer guten Steuerkraft. Eine erstaunlich stabile Konjunktur mit entsprechenden Steuererträgen und tiefe Sozialkosten sind wesentliche Faktoren, die zu diesem positiven Ergebnis beigetragen haben. Gleichzeitig ist auch klar, dass ein beträchtlicher Teil des Überschusses, wie es der FRK-Präsident bereits erläutert hat, rein buchhalterischer Natur ist und damit keine Liquidität erzeugt. Ebenso klar ist aber auch, dass grosse Aufgaben auf uns warten, die unsere Generation angehen muss und keinesfalls auf die kommenden Generationen übertragen werden dürfen. Sicherlich gibt es im Finanzplan Investitionen, die man je nach Finanzlage ausführen kann oder nicht ausführen kann, wo einen die eigenen politischen Präferenzen dazu verleiten könnten, Ja oder Nein dazu zu sagen, aber es gibt genauso eine beträchtliche Anzahl von Investitionen, wo wir wahrscheinlich gar keine Wahl haben. Unabhängig von der eigenen politischen Haltung und der dannzumaligen Finanzlage wird man das verwirklichen müssen. Unser Handlungsspielraum ist nicht endlos. Ein paar dieser Grossprojekte, die eingestellt sind in Budget und Finanzplan, warten darauf, realisiert zu werden, wenn wir nicht den künftigen Generationen unlösbare Probleme hinterlassen wollen. Ich denke an den Verwaltungsneubau/Stadthaus, Betriebsgebäude Energie Kreuzlingen, Investitionen im

Zusammenhang mit der Energiewende, diverse Projekte im Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur und Parkierungsanlagen etc. Auch frühere Generationen mussten irgendwann solche Grossprojekte beschliessen und stemmen, denken wir an den Kauf der Seeburg oder an den Bau des Yachthafens – und sie haben es zum Glück gemacht. Positive Rechnungsabschlüsse werden uns in den nächsten Jahren helfen – wie auch derjenige dieses Jahres –, die dringend notwendigen Investitionen zu tätigen und finanziell gut verkraften zu können. In diesem Sinn wird unsere Fraktion dieser Rechnung einstimmig zustimmen.

GR Salzmann: Die erste Hälfte, die GR R. Herzog in seiner Rede gesagt hat, habe ich mehr oder weniger auch aufgeschrieben. Ich verzichte darauf, das zu wiederholen. Unser FRK-Fraktionsjurist hat uns gut begründet, dass das finanzielle Verhalten des Stadtrats rund um das Stadtfest nicht als grobfahrlässig einzustufen ist, womit die persönliche Haftung des Stadtrats nicht zum Zug kommt. Somit steht einem Ja zu dieser Rechnung nichts im Weg, also ein einstimmiges Ja von unserer Fraktion. Allerbesten Dank an unseren Stadtfinänzer Thomas Knupp für das exzellente Produkt.

GR Hummel: Aller Unbill zum Trotz, Coronanachwirkungen, Ukrainekrieg und Energiekrise, wir sind wieder reicher geworden. Um genau zu sein, sind wir um CHF 3.4 Mio. reicher geworden, obwohl das Budget eigentlich eine Abnahme des Vermögens vorgesehen hatte. Inzwischen besteht unser gesamtes Eigenkapital aus CHF 125 Mio. freie Mittel davon sind CHF 68 Mio. Ich picke auch noch die Kennzahlen heraus: Die empfohlene Mindestausstattung des freien Eigenkapitals zur Abdeckung von künftigen Aufwandüberschüssen beträgt in Kreuzlingen gut elfmal mehr als die Empfehlung. Der Eigenkapitaldeckungsgrad beträgt das Achtfache der Empfehlung. Der Nettoverschuldungsanteil ist immer noch negativ und somit eigentlich keine Schuld, sondern ein Vermögen und beträgt pro Einwohner noch gut CHF 1'200. Die Tendenzen gegenüber den Vorjahren sind leicht rückläufig, aber die finanzielle Situation ist immer noch sehr komfortabel und stabil, was uns natürlich freut. Andererseits wecken solche Polster halt auch Begehrlichkeiten und diese Begehrlichkeiten wird man an der nächsten Budgetsitzung sicher ganz sorgfältig hinterfragen müssen. Die SVP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2022 der Stadt einstimmig zustimmen und auch der vorgeschlagenen Gewinnverwendung.

GR Merk: Zuerst eine Bemerkung zum Stadtfest: Man wollte hier etwas Gutes auf die Beine stellen, das ist nach unserer Sicht mehr als gelungen. Ein Fest in dieser Grössenordnung zu organisieren und das Budget dazu zu erstellen, ist eine rechte Herausforderung. Das Defizit und wie es dazu gekommen ist, konnte uns der Stadtrat erklären und nachvollziehbar aufzeigen. Fehler passieren, Einschätzungen können sich als falsch herausstellen. Wir hätten uns vorstellen können, dass die Kommunikation darüber noch klarer und direkter hätte aussehen können. Jetzt mache ich es wirklich kurz. Unsere Fraktion hat die vorliegenden Rechnungen der Stadt und Energie Kreuzlingen diskutiert und geprüft. Wir haben beide Rechnungen für gut befunden, bedanken uns recht herzlich für die sorgfältige Arbeit der Verantwortlichen und für das saubere Aufarbeiten und Erläutern der Unterlagen. Unsere Fraktion wird den beiden Rechnungen 2022 einstimmig zustimmen.

Materielle Beratung

Die Rechnung wird seitenweise durchberaten.

Seite 43 Nachtrags- und Zusatzkredite / 6150.3141.00 Pylonen, Abbruch und Ersatz durch Ortseingangstafeln

GR Schulthess: Ich habe eine Frage an den Stadtrat bei den Zusatz- und Nachtragskrediten. Ich picke einfach ein Beispiel heraus. Es geht darum, dass wir Zusatz- und Nachtragskredite in der Höhe von CHF 3.2 Mio. haben, was bei einer Bilanzsumme von CHF 77 Mio. einen ordentlichen Betrag darstellt. Darunter gibt es jede Menge Posten, die man eigentlich regulär budgetieren könnte. Ich habe das Beispiel Pylonen herausgepickt, die man auch ins nächste Budget nehmen könnte. Es müsste gar nicht unbedingt überall ein Nachtragskredit sein. Es gäbe noch weitere Beispiele. Meine Frage an den Stadtrat ist, ob man dies in einem anderen Jahr nicht regulär budgetieren könnte.

STP Niederberger: Wir gehen mit bestem Wissen und Gewissen an die Budgetierung. Dann können verschiedenste Sachen passieren, welche zu einem Nachtragskredit führen. Dass sich zum Beispiel irgendeine Ausgangslage verändert, wo man dann einen Nachtragskredit beantragen muss. Dann können auch Fehler passieren, dies ist hier bei den Pylonen der Fall. Da haben zwei Abteilungen gemeint, die andere würde es budgetieren, so ging es schlussendlich leider vergessen und man konnte es über einen Nachtragskredit lösen. Aber grundsätzlich versuchen wir zu verhindern, dass es solche Nachtragskredite gibt. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir auch versuchen, unser Budget nicht zu stark aufzublähen. Wir könnten überall noch Reserven einplanen oder zu Sicherheit dieses und jenes budgetieren, aber damit hätte man dann wieder einen riesigen Überschuss, was man auch vermeiden möchte. Deshalb versuchen wir, die Waage zu halten und uns ein bisschen auf der Klinge zu bewegen, aber selbstverständlich versuchen wir, es so gering wie möglich zu halten.

Beilage B / Seite 4 Beiträge Kultur

GR Schulthess: Ich habe eine Frage an SR Raggenbass, und zwar zur Position Kult-X Revision. Es ist ja so, dass wir unsere Kulturdepartemente recht üppig mit Mitteln ausstatten, es soll so sein. Wir sehen hier den Vergleich: CHF 366'000 2021, 2022 wäre das Budget CHF 502'000 gewesen, dies hat man seitens des Departements noch markant überzogen. Wenn man das schon macht, dann frage ich mich, warum die Revision des Kult-X mit CHF 6'462 auch noch zusätzlich finanziert wird. Eigentlich würde ich meinen, dass dies in einen Betriebsbeitrag von CHF 120'000 gehört und dass der Verein seine Revision selber bezahlt. Das wäre dort eigentlich minus, statt zusätzlich. Nun ist mir klar, das mit dem Kult-X ist ein Politikum und man musste dort ein bisschen den Finger draufhalten, das ist in Ordnung, das hat die Stadt gut gemacht. Aber dass man es dann auch noch städtisch bezahlen muss, finde ich nicht in Ordnung. Wenn man die Rechnung anschaut, sieht man, dass Herr Militz siebenmal mit der Revision Trevitax zusammengesessen ist. Das sind ziemlich hohe Kosten. Warum bezahlt das der Verein nicht selber? Und um vom Politikum Kult-X wegzukommen, beim Fussballklub, gegen den man natürlich nichts hat – ich habe vorhin die Interpellation für eine neue Tribüne unterschrieben –, ist es genauso. Man hat auch beim Fussballklub Kreuzlingen die Revision bezahlt. Frage an SR Raggenbass: Warum fangen wir an, die Revision von Vereinen zu bezahlen? Beahlt ihr die Revision des Quartiervereins in Zukunft auch?

SR Raggenbass: Es ist so, dass wir vor einigen Jahren in einem Verein einen Vorfall hatten, wo es mit einer Revision leider nicht so gut funktionierte, wie wir das erhofft hatten. Das war der Grund, dass wir dann entschieden haben, für alle Vereine, die mehr als CHF 100'000 oder Dienstleistungen in dieser Höhe bekommen, eine Revision zu verlangen und dass diese Revision dann von der Stadt übernommen wird. Das war ein Beschluss des Stadtrats, dass wir bei allen Vereinen, die mehr als CHF 100'000 bekommen, diese Revision bezahlen. Beim Kult-X waren die Kosten so hoch, da von der Revisionsstelle einige Mehrarbeiten geleistet werden mussten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Jahresrechnung wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt und der Ertragsüberschuss auf die neue Rechnung vorgetragen.

10. Geschäftsbericht 2022 Energie Kreuzlingen - Kenntnisnahme

Keine Wortmeldungen.

11. Jahresrechnung 2022 Energie Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Dufner, Präsident FRK: Ich darf aus der FRK-Sitzung vom 20. April berichten. Wir brauchten diesmal zwei Sitzungen, um die Stadtrechnungen zu behandeln. Auch die Rechnung von Energie Kreuzlingen schliesst positiv ab mit CHF 900'000 Ertragsüberschuss als operatives Ergebnis und damit CHF 300'000 unter dem Budget, also fast schon eine Punktlandung. Wir hatten Nettoinvestitionen von CHF 9.8 Mio., also rund 1.6 Mio. mehr. Der Grund dafür waren viele Strassenbaustellen, welche entsprechende Notwendigkeiten mit sich brachten, diese Investitionen auszuführen. Von Seiten Energie Kreuzlingen wurden sie als gebundene Ausgaben angeschaut, weshalb die Kostenüberschreitungen in Kauf genommen wurden. In der Rechnung ist auch sichtbar, dass der Deckungsgrad für die Investitionen aus dem Kapitalfluss nur 78 % betrug, statt den budgetierten 102 %. Bei der Diskussion gab es nur wenige Fragen und Wortmeldungen. Eine Frage betraf die Gasleitungen, ob es Sinn mache, Gasleitungen zu ersetzen, wenn doch das Gassystem irgendwann ausser Betrieb genommen wird. Es wurde darauf hingewiesen, dass es hier um die Hauptleitung zwischen Konstanz und Kreuzlingen geht und hier die entsprechenden Arbeiten zwingend erforderlich seien. Eine weitere Wortmeldung gab es zur Deckungsdifferenz beim Strom. Dort haben wir bei der letzten Budgetierung beschlossen, CHF 600'000 nicht zu aktivieren, was sich 2024 in eine Tarifsenkung auswirken wird. Grundsätzlich hatten wir im Energiebereich eine Unterdeckung von CHF 1.3 Mio., davon wurden CHF 600'000 nicht aktiviert, aber die restlichen CHF 700'000 wurden aktiviert. Es wurde darauf hingewiesen, dass man dies für den Kapitalfluss für die Investitionen braucht, die Energie Kreuzlingen machen muss. Eine weitere Frage wurde zu Swispower Renewables gestellt. Wir wissen, dass wir auf dieser Beteiligung einen Verlust von rund 1.5 Mio. verbuchen mussten. Dazu wurde gefragt, ob der Stadtrat sich darüber Gedanken gemacht habe, diese Strategie zu überdenken. Dies wurde von SR Beringer verneint, man habe beschlossen, an dieser Strategie festzuhalten wie bisher. Im Zusammenhang mit den Leitungen und dem Strassenbau tauchte die Frage auf, ob die verschiedenen Arbeiten zwischen dem Baudepartement der Stadt und Energie Kreuzlingen jeweils koordiniert würden, was bejaht wurde. Als Beispiel wurde die Situation bei der Sanierung der Romanshornestrasse genannt, die im Bereich der Langhaldenstrasse ein zweites Mal aufgerissen worden sei. Uns wurde erklärt, dies sei so geplant gewesen. Zuerst wurde die Langhaldenstrasse, dann die Romanshornestrasse, die Bleichstrasse und der Kreisel mit den Werkleitungen saniert. Dabei musste man das neue Leitungssystem in Betrieb nehmen, dann die alten Leitungen abhängen, was nicht im gleichen Arbeitsschritt möglich ist. Deshalb musste die Strasse ein zweites Mal aufgerissen werden. Es sei also nicht so, dass die Stadt sich nichts überlege, eine Strasse asphaltiere und grundlos wieder aufreisse. Die FRK sagte zur Rechnung von Energie Kreuzlingen einstimmig Ja und empfiehlt dies auch dem Gemeinderat.

GR R. Herzog: Energie Kreuzlingen legt einen soliden Rechnungsabschluss 2022 vor. Für unsere Fraktion sind das Ergebnis und die erfolgten Erläuterungen nachvollziehbar. Wir danken allen Beteiligten bestens für die geleistete Arbeit, auch für den wiederum sehr informativen Geschäftsbericht. Wir werden der Rechnung 2022 einstimmig zustimmen. Es wird immer wieder die Frage gestellt, ob Energie Kreuzlingen überhaupt einen Gewinn erwirtschaften solle oder erwirtschaften dürfe, schliesslich ist das Unternehmen gebührenfinanziert. Energie Kreuzlingen bewegt sich in einem Markt, zudem in einem ziemlich schwierigen und immer schwieriger werdenden Markt. Diese Tatsache macht es unabdingbar, dass Energie Kreuzlingen über genügend finanziellen Spielraum verfügt. Die anstehenden Herausforderungen und Aufgaben in den nächsten Jahren sind riesig, hierzu ein paar Stichworte: Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung, politische Verwerfungen und die entsprechenden Folgen auf die Preisentwicklung, dringende Energiewende, Entwicklung und Erneuerung der eigenen Infrastruktur (Betriebsgebäude), Digitalisierung und immer schneller werdender technischer Fortschritt, Marktregulierung usw. Der Druck auf die Margen, Planungsunsicherheiten und die Erwartungen von uns allen als Kunden – Stichwort Versorgungssicherheit – nehmen stetig zu. Die technischen Entwicklungen gehen rasant weiter und der Investitionsbedarf wird damit weiter zunehmen. Gewähren wir Energie Kreuzlingen doch den dafür notwendigen personellen, organisatorischen und finanziellen Rahmen. In diesem Sinn wird unsere Fraktion der Rechnung einstimmig zustimmen.

GR Salzmann: Wir stimmen dieser relativ unspektakulären Rechnung von Energie Kreuzlingen einstimmig zu und danken Susi Bergsteiner für ihr Engagement und ihre Geduld mit uns Gemeinderäten.

GR Hummel: Das budgetierte Gesamtergebnis wurde zwar unterschritten, der Gewinn beträgt aber dennoch knapp CHF 900'000, was in Anbetracht der Situation eigentlich schon erstaunlich ist. Vor allem auch darum, weil zulasten des Ergebnisses noch Abgrenzungen von rund CHF 1 Mio. gemacht wurden. Also wäre das Ergebnis eigentlich CHF 1 Mio. besser. Zu diesem Ergebnis hat sicher auch beigetragen, dass die Energiebeschaffung für das Jahr 2022 bereits sehr frühzeitig erfolgt war. Zum finanziellen Rahmen, GR R. Herzog, hast du natürlich recht, aber wenn man sieht, dass das gesamte Eigenkapital in der Zwischenzeit CHF 117 Mio. und davon der Bilanzüberschuss gut CHF 8 9 Mio. beträgt, würde ich sagen, der finanzielle Rahmen ist mehr als gegeben. Aus der Bilanz: Die kurzfristigen flüssigen Mittel und Forderungen betrugen Ende Jahr CHF 29 Mio. gegenüber den kurzfristigen Verbindlichkeiten von CHF 11.4 Mio. Also auch die Liquiditätssituation ist mehr als komfortabel. Wir haben in der FRK-Sitzung auch angeregt, dass wir gern aussagekräftige Vergleichszahlen mit anderen Energiebetreibern hätten; Frau Bergsteiner wird sich bemühen, uns solche Zahlen zu beschaffen. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung 2022 von Energie Kreuzlingen einstimmig genehmigen, ebenso die Gewinnverwendung.

GR Rüegg: Ich war in der Kommission, als man die Rechnung besprach und wir wurden sehr ausführlich über die Problematik der Energiepreisentwicklung der letzten zwei Jahre informiert. Weil ich schon relativ lange in diesem Business dabei war, konnte ich feststellen, dass die Verantwortlichen das hervorragend gemanagt haben, dass wir in Kreuzlingen immer noch sehr moderate Energiepreise haben, und dies in jeder Beziehung: Strom, Gas und Wasser sowieso. Weil ich das so hervorgehoben habe, sagte SR Beringer zu mir, ich möge das auch im Gemeinderat sagen. Er hat sich darüber gefreut, denn wie ihr wisst, mache ich dem Stadtrat nicht nur Komplimente. Damit möchte ich hier sagen, die Verantwortlichen von Energie Kreuzlingen haben einen hervorragenden Job gemacht, sonst wären wir jetzt nicht in dieser glücklichen Situation. Ich stelle auch immer wieder fest, das war früher anders, dass die Stadt Kreuzlingen sowohl im Bereich Energie Kreuzlingen als auch im Bereich der Stadt hervorragende Finanzchefs und Chefinnen hat, die sehr viel dazu beitragen, dass wir so gute Ergebnisse haben und vor allem so transparent informiert werden, warum wir solche Ergebnisse haben, auch wenn sie mal schlecht sind. In dem Sinn vielen Dank. Ich hoffe, ich habe das jetzt in deinem Sinn gemacht.

Materielle Beratung

Die Rechnung wird seitenweise beraten.

Seite 20 Beteiligungsspiegel

GR Schulthess: Hier haben wir die Beteiligung an der Swisstopower Renewables, einer Gesellschaft, die sich der Finanzierung von Windkraftanlagen und erneuerbaren Energiequellen widmet. Ich kann mich noch gut an die Diskussion erinnern, als wir in diese Beteiligung eingestiegen sind. Ich möchte nicht in die Länge gehen, aber damals sagte man, es käme dann schon gut. Jetzt bekommen diejenigen recht, die das kritisiert haben, da man unterdessen auf dieser Beteiligung bereits CHF 1.5 Mio. abgeschrieben hat. Jetzt kann man das machen oder man kann das nicht machen. Aber wie selbst die Technischen Betriebe richtig sagen, das ist eine politische Entscheidung. Die Technischen Betriebe führen aus, was die Legislative, was der Rat möchte und was die politische Strategie ist. Diese Strategie legt der Gemeinderat fest. Aus meiner Sicht wäre es an der Zeit, dass man diese Beteiligung abstösst. Immerhin hat der Stadtrat gesagt, wir werden nicht noch höher investieren. Es gab offensichtlich den Wunsch nach einer höheren Investition, dem hat man sich verweigert. Das ist ein bisschen ein Fingerzeig darauf, dass es eben nicht so funktioniert. Es kostet Millionen und jetzt kommt die Frage an den Stadtrat: Was bringt das für den Kreuzlinger Stromkunden? Was hat er davon, dass wir in einen Windpark in der Ostsee investieren? Sicher kein Zertifikathandel, irgendein Papier, welches man kauft, wo CO₂ draufsteht, aber das Geld des Stromkunden fließt in einen nicht gewinnbringenden Windpark. Jetzt müssen wir hier drin steuern, ob wir das wollen oder ob wir das nicht wollen. Meiner Meinung nach sind wir es dem Stromkunden schuldig, dass wir sein Geld so nicht ausgeben, aber der Rat kann auch eine andere Haltung prägen. Die Frage an SR Beringer: Was bringt das dem Kreuzlinger Stromkunden?

SR Beringer: Die Beteiligung an der Swisspower Renewables wurde nach dem zustimmenden Volksscheid 2012 erworben. Damit hätte in ein differenziertes, risikoarmes Portfolio aus Wind- und Wasserkraft investiert werden sollen. Dies als Beitrag zum geopolitischen Wunsch nach einem Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung. In der Folge wurde das von einigen grösseren Schweizer Stadtwerken und einem nachhaltigen UBS-Fonds zur Verfügung gestellte Kapital in langlaufende Windkraftanlagen in Deutschland und Wasserkraftanlagen in Italien investiert und die vorgegebenen Renditeanforderungen erfüllt. Die geopolitischen Ziele, welche mit dem Erwerb der Beteiligung erfolgten, wurden erreicht. In Europa wurde ein Zubau von rund 600 GWh Produktionskapazität erreicht, also da, wo unser Strom jetzt eigentlich herkommt. Wir haben den Strom aus Deutschland, den wir in Deutschland produzieren, wo wir über Swisspower investieren. Der Geldfluss aus diesen Betriebstätigkeiten ist intakt, auch das betriebliche Ergebnis. Für Belastungen sorgen jedoch das Finanzergebnis, Währungsschwankungen und Refinanzierungstätigkeiten. Wie wirkt sich das auf die Beteiligung von Kreuzlingen aus? Die erwähnten Verluste sind Buchwertkorrekturen ohne Auswirkung auf die Mittel der EnK. Totalkorrektur CHF 1.25 Mio., Eigenkapitalrückgewähr CHF 211'900, Dividende CHF 132'000. Wir können nur entlang dem Substanzwert bewerten, also das anteilige Eigenkapital ansetzen, vermindert um die Währungsverluste und die weiteren Finanzergebnisse. Eine Bewertung für die langfristige Perspektive miteinzubeziehen, ergäbe höhere Werte. Die Beteiligung ist also wirklich unser Tafelsilber und wir sind überzeugt, dass wir diese Mittel langfristig nicht besser anlegen könnten.

GR Salzmann: Also, wir können diese Mittel offensichtlich nicht besser anlegen. Schade, dass du die Frage von GR Schulthess gar nicht beantwortet hast. Zumindest ich habe keine Antwort gehört. GR R. Herzog hat es gesagt, wir haben einen irrsinnigen Investitionsbedarf. Wir hatten gestern Kommissions-sitzung, da haben wir wieder etwas gehört zum Thema Wärmeproduktion, die ein X-faches des Betrags dieser Beteiligung ist. Holen wir dieses Geld heim, holen wir es nach Kreuzlingen, produzieren hier unsere Energie, die wir hier verbrauchen. Niemand bekommt Strom aus der Ostsee oder sonst irgendwoher, und wenn ein Blackout da ist, sowieso nicht. Holen wir das Geld heim, das wäre besser. Und ich fordere den Stadtrat auf, diese Beteiligung zu veräussern im Zuge des Geldbedarfs unseres Wärmerings, den wir beabsichtigen.

SR Beringer: Wie ihr wisst, hat das Volk darüber abgestimmt, dass wir eine Investition in dieses Portfolio machen. Das heisst, wenn wir das Abstossen, braucht es auch wieder eine Volksabstimmung. Angenommen, ich habe einen Investor, der Interesse an diesem Portfolio hat, nennt dieser mir einen Betrag, den er dafür bietet. Dann schreibe ich eine Botschaft und gehe mit dieser Botschaft in den Gemeinderat. Der Gemeinderat sagt, ob er mit dem Preis, der mir geboten wurde, einverstanden ist oder nicht. Mittlerweile sind 6 Monate vergangen. Die Aktien haben in der Zwischenzeit vielleicht gewisse Schwankungen hinter sich. Dann machen wir eine Volksbotschaft, das dauert noch einmal 6 Monate, die Schwankungen sind immer noch da. Ich weiss nicht, welcher Investor genug Geduld hat zu warten, bis man so ein Finanzgeschäft abwickeln kann. Ich weiss es nicht, ich hätte Mühe, so lange zu warten, wenn ich Interesse an einem solchen Portfolio hätte, dieses dann zu erwerben. Wir sind nicht in der Lage, kurzfristig so ein Portfolio abzustossen. Das geht einfach nicht.

GR Schulthess: Deine Antwort zeigt nichts anderes, als dass wir die Kontrolle über dieses Investment verloren haben, wenn wir es nicht mehr abstossen können und dass diese Abenteuer in der Nordsee trotzdem bessere Abenteuer im Bodensee wären. Ich würde eigentlich gern die Meinung von GR Salzmann unterstützen und aus politischer Sicht den Stadtrat einladen, das Investment wieder zu verkaufen. Natürlich wird das unter erheblichem Verlust gemacht werden müssen, aber strategisch würde ich in unsere Energieerzeugung investieren und nicht in fremde, die man dann nicht mehr zurückführen kann.

GR Hummel: Ich stelle einen Ordnungsantrag, dass wir jetzt wieder zur Jahresrechnung zurückkehren. Das Thema ist sicher interessant und auch diskussionswürdig, aber wir sind jetzt bei der Jahresrechnung.

Abstimmung:

Der Ordnungsantrag von GR Hummel wird mit 37 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Rückkommen

GR Schulthess: Ich werde für einmal keinen Vorschlag machen, wie die Gewinne verwendet werden sollen. Es ist tatsächlich nicht so einfach, die CHF 800'000 oder je nachdem, wie man kalkuliert, CHF 1.1 Mio. zurück an den Stromkunden von Kreuzlingen zu geben. Es ist so, dass es gewisse Elcom-Vorschriften gibt, wenn man hier in die Tiefe geht, wie man über die Jahre hinweg mit Deckungsdifferenzen umgeht. Es ist also nicht so einfach, dass man sagen kann, wir teilen diese CHF 1.1 Mio. durch 21'000 Kreuzlinger. So leicht geht es nicht. Ich hätte gern die Technischen Betriebe, die im Übrigen einen sehr guten Job machen, auch die technischen Leute, das steht ausser Zweifel, eingeladen, selbst einen Vorschlag zu machen, wie man die Überschüsse und Deckungsdifferenzen zurück an die Stromkunden geben könnte. Gewisse erste Bestreben gibt es, man hat uns für 2024 etwas versprochen, vielleicht könnte man das nochmals verdeutlichen. Aber im konkreten Fall vergeht eigentlich keine Woche, wo ich in der Immobilienverwaltung nicht jemanden am Telefon habe, der fragt, warum er plötzlich so viel für Strom und so hohe Energiekosten bezahlen muss, alle anderen Jahre war es viel billiger. Die Antwort darauf ist: Das ist ein politisches Problem, ein Problem hier drin, das ist nicht ein Problem des Strompreises, dieser ist schon längst viel tiefer, der Gaspreis genau gleich. Es ist ein Problem, dass wir künftig diese Kosten verteuern und das Geld im Topf behalten. Das ist ein politisches Problem und das können wir hier drin lösen. Aber ich möchte gern SR Beringer einladen, einen Vorschlag zu machen, wie wir das Geld zurück zum Zahler bringen und nicht einfach ins nächste Jahr übernehmen und einmal mehr Sozialzellen auf der Kompostieranlage oder Ähnliches bauen, sondern wirklich zurück zur Verbilligung.

SR Beringer: Ich möchte nochmals schnell verdeutlichen, GR Dufner hat es in den Eingangsmerkungen erwähnt, dass wir die CHF 600'000 Deckungsdifferenz nicht aktivieren, was sich dann auf die Preise von 2024 auswirken wird. Das heisst, wenn es dort einen Preisanstieg gäbe, würde dies um die CHF 600'000 reduziert werden. Hier haben wir ein Instrument, welches wir jetzt anwenden konnten, um den Preis ein bisschen tief zu halten. Wir beschaffen anhand einer Strategie. Wir beschaffen über verschiedene Tranchen über 3 Jahre hinweg. Das heisst, der Preis ist relativ geplättet über diese Zeit. Wenn aber eine andere Gemeinde das nicht macht und zu einem tieferen Preis einkaufen kann, ist sie klar günstiger als wir, hat aber den Nachteil, dass wenn der Preis wieder steigt, sie deutlich höhere Beschaffungskosten hat. Diese Gemeinden haben viel höhere Schwankungen, aber einen direkten Preis. Da wir über 3 Jahre beschaffen, haben wir relativ gleichmässige Preise. Auch wenn andere Gemeinden plötzlich wieder günstiger sind, sind wir dann halt wieder ein bisschen höher. Aber aufs Gesamte hinaus gesehen ist es für den Kunden angenehmer, denn er muss nicht damit rechnen, dass der Preis einmal ganz hoch und dann ganz tief ist. Ganz unten wäre natürlich schön, aber wenn er da oben ist, ist es natürlich schlechter. Ich glaube, mit dieser Strategie sind wir auf einem guten Weg, das hat sich in den letzten Jahren auch gezeigt mit diesen Kurven, die wir hatten, da sind wir recht gut durchgekommen. Es wurden aus dem Gemeinderat und auch aus der Energiekommission schon verschiedene Vorschläge gemacht, wie man das Geld den Kunden wieder zurückgeben könnte, aber es gibt leider nicht viele Möglichkeiten. GR Schulthess hat es gesagt, die Elcom sagt uns ganz genau, was wir dürfen und was nicht. Und wir schauen, dass unsere Rechnungen möglichst ausgeglichen sind und wir möglichst geringe Gewinne ausweisen. Und wenn wir einen Gewinn ausweisen, ist es ganz wichtig, dass wir diesen Gewinn auch wieder verwenden können für unsere Netze und auch für unsere künftige Infrastrukturen, die wir brauchen. Wir wollen ein Wärmenetz angehen, das braucht ein gewisses Kapital. Wir wollen ein Betriebsgebäude erstellen, dafür brauchen wir auch ein gewisses Kapital. Wir sind also nicht so auf Rosen gebettet, wie es da teilweise gemeint ist. Ich denke, mit der Strategie, die wir fahren, sind wir auf einem guten Weg.

Der Ratspräsident: Genau, das ist dann auch wieder Thema beim Budget.

Abstimmung

Der Jahresrechnung wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Postulate

12. Postulat "Gendergerechte Sprache - Sichtbarkeit für alle Geschlechter" / Stellungnahme

GR Knecht: In diesem Postulat ging es darum, dass der Stadtrat prüft, einen Sprachleitfaden für eine inklusive Sprache einzuführen. Alle in Kreuzlingen lebenden Personen sollten in der Kommunikation der Stadt angesprochen werden. Vielen Dank an den Stadtrat für die Stellungnahme zu unserem Postulat. Der Stadtrat bemerkt einleitend, dass er per Grundsatzentscheid vom Juni 2009 die sprachliche Gleichbehandlung gemäss Bestimmungen von Bund und Kanton umsetzt. Er referiert auch auf einen Leitfaden des entsprechenden Jahres. In diesem Leitfaden ist unter anderem festgehalten, dass das generische Maskulinum unzulässig ist. 2009 war das sicher zeitgemäss, jedoch hat sich in der Akzeptanz von Menschen, welche eine Geschlechtsidentität jenseits der binären Norm haben, unterdessen viel entwickelt. Aus den Weisungen im Umgang mit dem Genderstern des Bundes hat der Stadtrat einen Grossteil seiner Stellungnahme herauskopiert. Der Stadtrat folgt dem Bund und anerkennt, dass non-binäre Menschen in der Sprache nicht repräsentiert sind. Trotzdem gibt er eine Schreibweise vor, welche lediglich die weibliche und die männliche Form berücksichtigt. Der Widerspruch hier ist offensichtlich. Der Stadtrat will trotzdem abwarten, bis die Bundeskanzlei ihren Leitfaden überarbeitet und Empfehlungen abgibt, wie alle Menschen diskriminierungsfrei angesprochen werden können. Was der Stadtrat in seiner Antwort nicht erwähnt, ist, dass die Regelungen von Bund und Kanton für die kommunale Ebene nicht verbindlich sind. Es gibt also kein übergeordnetes Recht, welches der Stadtverwaltung verbieten würde, so einen Sprachleitfaden einzuführen. Wir müssen nicht auf dem Bund und auch nicht auf den Kanton warten. Der Stadtrat sagt dann auch, die Sprache könne vor allem aus Problemen der Lesbarkeit nicht angepasst werden. In seinen internen Kommunikationsschulungen, in welchen die Mitarbeitenden der Verwaltung auf eine respektvolle und ansprechende Sprache sensibilisiert werden, macht der Stadtrat dann auch Empfehlungen zum Umgang mit der Sprache. In diesen Empfehlungen sagt der Stadtrat, dass man in der Kurzform Bürger/-in verwenden solle. Ob das sprachlich so viel unproblematischer ist als die Variante Bürger:in, stelle ich hier in Frage. Nach meiner Rechnung ist der inklusive Vorschlag sogar um ein Sonderzeichen kürzer. Übrigens nutzt auch die Stadt Frauenfeld die Variante mit dem Doppelpunkt ganz praktisch, um Platz zu sparen. Der Duden, das Referenzwerk der deutschen Sprache, sagt, dass die Variante mit dem Genderstern in der Schreibpraxis sich immer mehr durchsetzt. So hat auch die Stadt Zürich 2022 ein Reglement erlassen zur sprachlichen Gleichstellung. Dort wird festgehalten, dass nonbinäre Menschen in behördlichen Texten gleichberechtigt behandelt werden müssen. Als typografisches Mittel setzt die Stadt Zürich auf den Genderstern. Ich glaube, die Diskussion darüber, welches Zeichen am besten geeignet ist, ist im Fluss. Wichtig ist eigentlich vor allem, dass man bewusst eine inklusive Sprache wählt. Kreuzlingen als zukunftsorientierte, urbane Stadt darf diesen Schritt zur inklusiven Sprache auch schneller machen als der Kanton Thurgau rundherum. Beauftragen wir heute also den Stadtrat, sich Überlegungen zu einer inklusiven Sprache zu machen. Wichtig dünkt mich noch anzumerken, dass bei so einem Schritt niemand etwas verliert, wie auch da niemand etwas verloren hat, als man neben der männlichen Form auch die weibliche Form in die Kommunikation integriert hat. Stimmt gern für die Annahme dieses Postulats, um dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter in der Sprache tatsächlich gerecht zu werden.

GR Ricklin: Das Postulat möchte, dass der Stadtrat eine Sprache nutzt, welche im Sinne der Gleichstellung aller Menschen ist, die unabhängig von der Geschlechtsidentität funktioniert und eine inklusive Haltung gegenüber der Vielfalt auch in der Kommunikation widerspiegelt. Ich möchte an zwei Beispielen aufzeigen, dass dieses Postulat scheinbar etwas lösen will, was sich nur scheinbar lösen lässt, aber ganz sicher aufzeigt, dass es neue Probleme schaffen könnte und es somit keine gelösten Probleme gibt. Ja, wenn von Ärzten die Rede ist, sehen viele vor Ihrem inneren Auge eine Gruppe von Männern. Um dem entgegenzuwirken, spricht man heute von Ärztinnen und Ärzten. Jetzt sehen viele von Ihnen vor dem inneren Auge eine Gruppe von Frauen und eine Gruppe von Männern. Um dem entgegenzuwirken, wird gern gegendert. Es heisst dann Ärzt*innen. Damit soll klargemacht werden, dass alle Menschen mit diesem Beruf gemeint sind. Eine deutsche Studie zeigt jetzt aber ein ganz interessantes Ergebnis, und das habe ich selber auch schon bei mir beobachtet, nämlich dass bei Formulierungen wie

Ärzt*innen, Ärzt:innen vor dem inneren Auge eher Frauen auftauchen. Nur die Formulierung Ärzte und Ärztinnen lässt gleichermassen an Frauen und Männer denken. Berücksichtigt man diese Tatsache, würde das mit dem Ziel dieses Postulats, welches alle Geschlechtsidentitäten ansprechen möchte, bedeuten, dass man künftig nicht darum herumkommt, alle 60 definierten Möglichkeiten an Geschlechtsidentitäten aufzuführen, um das Postulat in der Wirklichkeit zu erfüllen. Denn sonst wären immer ca. 57 Geschlechtsidentitäten vor dem inneren Auge immer auch nur mitgemeint. Es ist klar, was das Ziel ist, nämlich dass sich alle Menschen angesprochen fühlen. Und man hört es auch an einigen mündlichen Voten, dass man bemüht ist, alle Menschen anzusprechen, indem man zum Beispiel einen sogenannten Genderstern, Gendergap oder Genderdoppelpunkt nutzt und bei der Aussprache eine entsprechende künstliche Redepause macht, um das zu verdeutlichen. In der Begründung zum Postulat wurden drei Sprachleitfäden erwähnt, welche der Stadt Kreuzlingen als Vorbild dienen sollen. Ich habe den Sprachleitfaden der Stadt Bern durchgelesen und finde einige Hinweise sehr sinnvoll und nützlich. Dabei geht es mehrheitlich auch um einen bewussten und auch einfachen Sprachgebrauch, also eine Sprache, die zielführend und gut verständlich ist. Nun steht aber auch in diesem Sprachleitfaden, dass zum Beispiel gerade auch das Genderzeichen * für die leichte Sprache nicht empfohlen wird, weil Genderzeichen bis jetzt nur bedingt barrierefrei sind. Vor allem Blinden- und Sehbehindertenverbände raten von Sonderzeichen beim Gendern ab. Ich komme zum Schluss. Die Sprache verändert sich, seit es Sprache gibt. Wir benutzen heute Wörter, welche es vor ein paar Jahren noch gar nicht gegeben hat. Im aktuellen Duden sind 3000 neue Wörter, darunter gendergerecht und Transgender. Wir passen die Sprache an die Welt an, in der wir leben, und dass dieses Thema so kontrovers diskutiert wird, liegt wohl daran, dass das Gendern im Grund eigentlich einfach ein akademisches Projekt ist und an der Lebens- und Sprachwirklichkeit vieler Menschen vorbeigeht. Es ist eine Bevormundung, daher lehnen zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung das Gendern ab, und überzeugt laut der Neuen Zürcher Zeitung nicht einmal die linke Wählerschaft. Die SVP-Fraktion gehört ebenfalls zu diesen ablehnenden zwei Dritteln, dankt dem Stadtrat ganz herzlich, dass er sich an der Bevölkerung und am Leben orientiert, was seine Hauptaufgaben als Stadt sind, einfach und möglichst barrierefrei die Leute zu informieren.

GR Salzmann: Das Konzept der gendergerechten Sprache basiert auf einer wissenschaftlich höchst umstrittenen Vermengung der beiden grammatikalischen Kategorien Genus und Sexus. Genus ist die innersprachliche grammatikalische Kategorie, also ein Hauptwort ist entweder männlich, weiblich oder sächlich. Und Sexus ist eine aussersprachliche Kategorie, die das biologische Geschlecht einer Person bezeichnet, zum Beispiel Mitarbeiterin. Wörter wie die Person, der Mensch oder das Opfer zeigen, dass zwischen Genus und Sexus in der deutschen Sprache keine durchgängige Korrelation besteht. Ein Maskulinum wie der Mensch kann daher auch eine Frau bezeichnen oder das Femininum die Person einen Mann. Ebenso kann ein generisches Maskulinum wie Kunden Menschen jeglichen Geschlechts bezeichnen. Genus und Sexus müssen also nicht gekoppelt sein. Sprachhistorische Untersuchungen belegen, dass das generische Maskulinum keineswegs, wie die Vertreter der sogenannten Genderlinguistik behaupten, erst in jüngerer Zeit verwendet wird, als die Frauen verstärkt in traditionelle Männerberufe vorgedrungen sind. Bereits im Althochdeutschen, das ist ein paar hundert Jahre her, finden sich Belege für eine inklusive, also geschlechtsneutrale Verwendung des Maskulinums. Das Deutsche verfügt also bereits seit Jahrhunderten über ein Mittel, geschlechtsneutral zu formulieren. Ein Bedarf für das Erstellen von neuen Formen besteht grundsätzlich nicht. Die deutsche Grammatik ist weder gerecht noch ungerecht, Gerechtigkeit ist eine ethische Kategorie, die zur Beschreibung von grammatikalischen Strukturen nicht tauglich ist. Dass das generische Maskulinum Frauen und nicht binäre Identitäten ausschliesse oder nur mit meine, ist eine Behauptung, die auf einer Fehlinterpretation der grammatikalischen Strukturen beruht. Die Vertreter der sogenannten Genderlinguistik ziehen anstelle von sprachsystematischen und sprachlogischen Betrachtungsweisen zunehmend auch psycholinguistische Studien heran, um Veränderungen des Sprachgebrauchs zu legitimieren. Du hast das heute auch gemacht. Diese Studien liefern keinen belastbaren Beleg dafür, dass das generische Maskulinum mental vorrangig Bilder von Männern erzeugt. Vielmehr zeigt sich, dass die Kontextbindung, die zur Unterscheidung eines generischen von einem spezifischen Maskulinum entscheidend ist. Das wird in solchen Studien in wissenschaftlich unzulässigerweise ausgeblendet. Es kann mithin aufgrund fehlerhafter Studien nicht als empirisch gesichert gelten, dass das generische Maskulina – Genus – vorrangig im Sinn von

männlich – Sexus – gelesen wird. Die pauschal isolierende Bewertung des genetischen Maskulinums als grundsätzlich diskriminierende Sprachform, du hast es heute wieder erwähnt, ist auf wissenschaftlicher Basis nicht begründbar. Auch andere zentrale Thesen der sogenannten gendergerechten Sprache halten einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand, etwa die abwegige Behauptung der angeblichen Unsichtbarkeit der Frau in der deutschen Sprache. Oder die These, mit einem Eingriff in sprachliche Strukturen könne man gesellschaftliche Veränderungen bewirken. Das ist eine sprachidealistische Position. Ausserdem führt das Gendern zu einer ausgeprägten Sexualisierung der Sprache, also zu einer permanenten Betonung von Geschlechterdifferenzen. Daher wird das wichtige Ziel der Geschlechtergerechtigkeit konterkariert und Gendern kann man auch als sexistisch bezeichnen. Im Hinblick auf das angestrebte Ziel, nämlich das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit ist Gendern somit dysfunktional. Gendersonderzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt, Unterstrich entsprechen nicht dem amtlichen Regelwerk, da diese Formen Verständlichkeit sowie Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten beeinträchtigen. Ich bitte also, dieses Postulat abzulehnen. Überdies zeigen alle aktuellen Umfragen, dass die Gendersprache von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eindeutig abgelehnt wird. So kann die lautstarke Minorität von Sprachaktivisten sich nicht auf den Sprachwandel berufen, wenn so viele Leute es ablehnen. Nicht zuletzt sorgt die vielfach mit moralisierendem Gestus verbundene Verbreitung der Gendersprache für erheblichen sozialen Unfrieden, und das in Zeiten, in denen ohnehin zahlreiche gesellschaftliche Spaltungstendenzen zu beobachten sind. Das Gendern reduziert die Fähigkeit der Nicht-Deutschmuttersprachler zur Integration in unserer Gesellschaft. Kritiker der sogenannten gendergerechten Sprache, direkt oder indirekt als reaktionär, unflexibel oder gar frauenfeindlich darzustellen, leistet diesen gefährlichen Partikularisierungs- und Polarisierungstendenzen der Gesellschaft Vorschub. Das Bemühen um Geschlechtergerechtigkeit auch im Sprachgebrauch ist ebenso legitim wie begrüßenswert und kann daher nicht pauschal als ideologisch qualifiziert werden. Dennoch haben ideologische Strömungen im Feminismus und auch in der Identitätspolitik ganz massgeblich die Entwicklung der Gendersprache geprägt und dominieren die auch mit moralischen Argumenten geführte Debatte heute noch. Vorwiegend aus diesem Grund werden aktuelle Diskussionen selten auf sprachpragmatischer, kommunikationstheoretischer oder sprachwissenschaftlicher Basis geführt. Der forcierte Gebrauch dieser gegenderten Formen befindet sich nicht in Einklang mit dem Prinzip der politischen Unparteilichkeit. So stammt das Projekt der sogenannten gendergerechten Sprache ursprünglich aus der feministischen Linguistik und wird heute vorrangig von identitätspolitisch orientierten, universitären Gruppierungen vorangetrieben. Gendersprache ist ein akademisches Soziolekt, welches die Diskurshegemonie anstrebt, bis zu Punktabzügen an Universitäten, wenn sich ein Student dem nicht unterwirft. Zu dieser ideologisch begründeten Sprachform muss eine politisch neutrale Stadtverwaltung kritische Distanz halten. Ich bitte daher den Gemeinderat, das Postulat abzulehnen.

GR Färber: Ganz kurz: GR Ricklin, es gibt nicht nur Ärztinnen und Ärzte, es gibt auch nonbinäre Ärzt*innen. Wir bemühen uns hier in unserer Ansprache um eine respektvolle Art und Weise, alle anzusprechen. Und zwar alle, weil wir davon ausgehen, dass wir alle ansprechen wollen. Wir möchten niemanden ausgrenzen. Wir möchten, dass unsere Ansprache gehört werden und somit alle ansprechen. Aus der Biologie wissen wir um die Vielfalt der Lebewesen, der Ausprägungen, die die Evolution mit sich bringt. Die Biodiversität ist in aller Munde. Und um die Komplexität zu vereinfachen, gibt es Einordnungen, zum Beispiel nach dem biologischen Geschlecht, also Mann und Frau, wohlwissend, dass es biologisch keine starren Grenzen gibt. Wir Menschen sind nicht nur biologische Lebewesen. Was uns ausmacht, sind Fähigkeiten, die uns von anderen Lebewesen unterscheiden. Wir haben ein Bewusstsein über unsere Wahrnehmungen, unsere Gefühle, unser Denken, was uns handlungs- und auch entscheidungsfähig macht. Dies macht uns zu sozialen Lebewesen. Es befähigt uns, in der Gesellschaft zu leben und diese zu gestalten. Wir Menschen sind daneben aber vor allem auch einzigartige Individuen. Kein Mensch gleicht dem anderen, wir werden neben unseren Genen als Grundlage von unserem Umfeld, unseren Erfahrungen, Beziehungen und Lebensbedingungen geprägt und entwickeln so im Lauf der Kindheit und Jugend und auch darüber hinaus eine Persönlichkeit. In der Medizin sprechen wir vom biopsychosozialen Modell, um Menschen ganzheitlich zu behandeln. Unsere psychoemotionale, psychosoziale und psychosexuelle Persönlichkeitsentwicklung ist ein dynamischer Prozess, der uns zu der Person werden lässt, mit der wir uns identifizieren können, wir entwickeln eine Identität. Wenn diese

Identität der gesellschaftlichen Norm entspricht, ist vieles einfach. Wir erleben keine Ausgrenzung, müssen uns nicht verstellen, wir müssen uns nicht verbiegen, wir müssen nicht an uns selber leiden. Es gibt die Menschen, die weder eine weibliche noch eine männliche Identität haben, es gab sie immer schon. Dass wir heute darüber sprechen, dass wir das Wissen darüber zulassen und auch darüber nachdenken und uns austauschen können, ist Ausdruck unserer gesellschaftlichen Freiheit, in der es möglich sein sollte, Vielfalt zu leben, in der es keine Bedrohung sein muss, anders zu sein. Nonbinär, weder noch, bedeutet nicht nichts. Es geht hier um Menschen, die eine Existenzberechtigung haben und ein Recht auf Gleichstellung. Nutzen wir unsere Sprache als Ausdruck unseres bewussten Umgangs mit gesellschaftlichen Bedürfnissen und Anpassungen. Erlauben wir uns Veränderungen und Weiterentwicklungen, die zu unserem Menschsein dazugehören. Sonst wären wir nicht da, wo wir heute sind. Und noch ein Hinweis aus der Hirnforschung: Das, was uns verunsichert und irritiert, und zum Nachdenken anregt, und herausfordert, sich auf Neues einzulassen, auch auf neue Sichtweisen, hält unser Gehirn fit, wir sprechen von Neuroplastizität. Was nicht bedeutet, dass wir zu allem Ja sagen, sondern sich bewusst gedanklichen Herausforderungen zu stellen. Angst sollte uns vorsichtig und vor allem wach machen, aber niemals unser Verhalten bestimmen, das führt nur zu Leid. In diesem Sinn bitte ich euch im Hinblick auf eine Gleichstellung aller Menschen um die Unterstützung einer inklusiven, nicht-diskriminierenden, differenzierten Sprache. Die Fraktion FL/G hat eine angeregte Diskussion geführt, in der auch Prozesse stattfanden, die nur im gegenseitigen, respektvollen Austausch möglich sind. Grossmehrheitlich werden wir dem Postulat zustimmen. Wir sind sehr wohl der Ansicht, dass die Stadt schon sehr viel für eine nicht diskriminierende Sprache getan und schon vieles auf den Weg gebracht hat, dennoch wünschen wir uns mutigere Schritte. Vielleicht braucht dieser Prozess noch mehr Zeit, wir lassen uns nur ungern Vorschriften machen, wie wir zu denken und zu handeln haben. Gesellschaftliche Themen nicht zu verleugnen und diesbezüglich Entscheidungen zu treffen, können allerdings auch entlasten und Platz für andere wichtige Themen schaffen.

GR Rüegg: Ich möchte GR Knecht herzlich danken für dieses Postulat. Wie wir sehen, hat dies jetzt meiner Meinung nach eine hochstehende Diskussion ausgelöst. Damit meine ich alle 3 Voten, die wir bisher gehört haben. In diesem Sinn bin ich sehr dankbar. Warum ich inzwischen das Postulat ablehnen werde, hat einen Grund. Einen Stern und einen Doppelpunkt kann man sprachlich nicht umsetzen. Das heisst, wir haben ein Problem. Was man schreibt und liest, muss man hören und umsetzen können, und hier gibt es ein relativ grosses Problem. In der letzten Gemeinderatssitzung hielt ich ein Votum und sagte im Voraus, ich werde jetzt in der weiblichen Form sprechen und meine alle anderen mit. Damit habe ich mein sprachliches Problem gelöst. Ich habe einfach immer die weibliche Form gewählt und habe zum Voraus gesagt, was damit gemeint ist. Das hat bereits eine Reaktion gegeben, allerdings war mir das Wurst. Ich bin aber der Meinung, das wurde jetzt auch gesagt, unsere Sprache muss sich anpassen. Aber ich glaube nicht, dass in der Stadt Kreuzlingen jetzt ein Weg gesucht werden muss, wie man dies am schlauesten macht, wenn schon der Bund Richtlinien herausgibt, wie man es etwa machen könnte. Ich möchte die nächsten Jahre abwarten, wie sich die Sprache entwickelt im deutschen Raum, die deutsche Sprache ist eher eine komplizierte Sprache, und dann würde ich mich gern dem anschliessen. Denn es gibt gescheite Leute, gescheitere als wir hier drin, welche sich diesem Problem annehmen werden. Und irgendwann gibt es eine Lösung, die allen gerecht wird, auch im Sinn von dem, was GR Färber vorhin gesagt hat. Ich werde das Postulat ablehnen, kann aber jene verstehen, die ihm zustimmen werden.

GR Schulthess: Auf eine wissenschaftliche Betrachtungsweise möchte ich an dieser Stelle verzichten, aber irgendwie ist es trotzdem herausgekommen, als Frau Kollegin Färber sprach, nämlich um ein Moralisieren und ums Beibringen, wie wir diese Welt verstehen sollen, und das ist im Prinzip abzulehnen. Ich finde es ein bisschen peinlich gegenüber den Gästen, dass wir gleich lang über diesen Nonsens reden wie über die Rechnung der Stadt Kreuzlingen, welche ein bisschen Content hätte. Aber um Bezug auf die Rechnung zu nehmen, wir haben alle zusammen 23 Basisschulungen bezahlt, um die städtischen Mitarbeiter zu diesem Thema zu schulen, acht Vertiefungsworkshops mit externen Referenten für insgesamt 200 Mitarbeiter. Das ist das Ausmass einer solchen Petition, welches hier stattfindet.

Persönlich halte ich es mit Konfuzius. Ein Chaos oder der Untergang dieser Welt fängt mit einer Verwirrung der Begriffe an, und das findet hier statt. Ich werde dem Stadtrat folgen und diese Petition ablehnen.

GR Brändli: Ich möchte mich zu dieser Gendergeschichte auch noch kurz äussern. GR Rüegg, du hast mir aus dem Herzen gesprochen, dich habe ich verstanden. Unsere beiden Vorredner habe ich teilweise nicht verstanden, das ist zu hoch, für meine Gehirnfähigkeit ist das zu viel. Was mich aber wundern nehmen würde, ich habe es noch nirgends gelesen, weder bei der ersten Schrift von GR Knecht noch bei der Beantwortung, wie viele Personen haben wir denn hier in Kreuzlingen? Ist das weniger als eine Handvoll, ist es ein Dutzend oder sind es Hundertschaften? Hat die Verwaltung das vielleicht schon einmal irgendwie evaluiert? Kann man das, darf man das überhaupt? Wie sieht das aus? Oder hat man eventuell vom Bund oder vom Kanton irgendwelche Zahlen? Denn um 0.0 diskutieren sollten wir nämlich nicht.

GR F. Herzog: Ich finde grundsätzlich, auch wenn es eine Person wäre, dürfte diese Person das Recht haben, in der Sprache erwähnt zu werden. Und noch wegen des Moralisierens: Wenn es um Inklusion geht, wenn es darum geht, dass man alle Leute gleichberechtigt, dann finde ich schon, dass man dazu etwas sagen darf und Position zu diesem Thema beziehen darf. Es wurde jetzt mehrfach gesagt, dass zwei Drittel der Leute diese Version nicht so wahnsinnig stark unterstützen. Es ist aber auch ein Grossteil der Leute von diesem Thema nicht betroffen. Ich finde, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir, nur weil es uns alle nicht genau gleich stark betrifft, deswegen nicht zurückscheuen davor, das jetzt zu unterstützen und durchzuziehen.

GR Salzmann: Sehr gut GR F. Herzog, Gleichberechtigung aller Geschlechter. Alle 60, völlig einverstanden. Ich kann dem sehr gut folgen, was vorhin gesagt wurde. Ich habe mir noch die Mühe gemacht, die Statistiken zu eruieren. Und zwar gibt es in Deutschland seit Dezember 2018 die Möglichkeit, sich als "divers" einzutragen. Das sind also die anderen 58 Geschlechter. Ich finde das Wort "divers" ein bisschen abschätzig, aber lassen wir es mal so, in Deutschland heisst es nun halt divers. Da hat man einmal geschaut, wie viele Leute das sind, die sich in Deutschland als divers eingetragen haben. Ich habe eine Statistik vom 31. Dezember 2020, also zwei Jahre nach Einführung dieser Zivilstandsänderung mit dem Zusatz, dass man sich als divers betiteln kann. Es waren in Deutschland Ende 2020 394 Personen. Gehen wir zwei Jahre weiter und nehmen an, dass sich diese Zahl in dieser Zeit verdoppelt hat, weil nicht jeder gleich sofort zum Zivilstandsamt gerannt ist, dann wären wir bei 788 Personen. Wenn ich das auf die Bevölkerungszahl von Kreuzlingen umrechne, wären wir bei exakt 0.217 Personen. Es gibt noch eine Statistik der Freien Hansestadt Hamburg, Stand 31. Dezember 2022, also sehr aktuell, dort hat es insgesamt 31 Diverse. Rechnet man das auf die Stadt Kreuzlingen um, erhöht sich diese Zahl. Dann sind wir nicht bei 0.217, sondern bei 0.34 Personen. Ich sage das einfach wertfrei.

GR Merk: Ich bin kurz davor, einen Ordnungsantrag zu stellen, möchte mich aber doch noch für all eure Meinungen bedanken, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, Kolleg*innen. Da gibt es offenbar ganz viele Triggerpunkte, die gedrückt wurden, das hat man heute Abend gehört, wie lange du darüber reden musstest. Was mir in dieser Diskussion fehlt ist, dass die Frage gestellt werden könnte, wie das für diese Leute ist. Wie ist es für die nonbinären Personen in unserer Gesellschaft? Ich finde es heikel und mehr als grenzwertig, wenn wir uns jetzt darüber unterhalten, wie viele es statistisch sein könnten, ob das überhaupt eine Handvoll ist oder ob es eine Hundertschaft ist. Dünnes Eis. Tut mir leid. Ich finde es gut, wenn man darüber diskutiert und bedanke mich bei GR Ricklin für das differenzierte Votum, aber alles andere finde ich, kann man sich tatsächlich sparen.

GR Ricklin: Ich möchte noch einmal kurz etwas sagen, weil ich persönlich angesprochen wurde. Mir ist klar, dass es nicht nur Ärztinnen und Ärzte gibt. Ich habe das keinesfalls in Abrede gestellt. Mir ist es um das Bewusstsein gegangen, dass es so viele Geschlechtsidentitäten gibt, nämlich 60 Stück. Nur schon wenn ich hier anfangen, eine Anrede zu halten, werde ich ja gar nie mehr fertig. Es wird immer Personen geben, die irgendwo mitgemeint werden müssen, das lässt sich nicht vermeiden. Deshalb denke ich, es ist ein Problem, welches sich sogar nie befriedigend für alle lösen lässt. Ich finde, es ist dann befriedigend, wenn wir einen respektvollen Umgang miteinander haben. Ich anerkenne alle 60 Geschlechtsidentitäten problemlos. Wenn ich ein Gegenüber habe, dann respektiere ich den Menschen. Die Sprache ist noch einmal eine andere Schiene. Daher, das finde ich sehr wichtig, muss es eine

einfache Sprache sein, damit auch Leute, die sprachlich Mühe haben, nicht noch mehr überfordert werden mit all diesen vielen Informationen, die wir haben. Das muss oberste Priorität haben in der schriftlichen Ausdrucksfähigkeit. Mündlich im Gegenüber kann das vielleicht anders aussehen, da kann es persönlicher stattfinden. Man kennt vielleicht die Geschlechtsidentitäten seines Gegenübers, aber ich weiss doch nicht, was wir alle für Geschlechtsidentitäten haben. Ich kann euch diesbezüglich auch nicht alle richtig ansprechen. Ich kann euch aber ansprechen mit eurem Namen, wenn ihr euch mir vorstellt, aber alles andere ist eine Herausforderung, der, behaupte ich, niemand wirklich gewachsen ist.

GR Ribezzi: In der letzten Gemeinderatssitzung sagte GR Hebeisen, er finde es irgendwie komisch und nicht so demokratisch, wenn gewisse Leute glauben, sie wissen, was das Volk will. Dass sich so viele Leute starkmachen, weil sie glauben, sie wissen, wie sich die nonbinären Menschen fühlen, aber gar keine nonbinären Menschen hier sind, macht mich ein bisschen nachdenklich. Ob diese Person, dieser Persönlich die Steuerrechnung mit dem Genderstern erhält oder nicht, ist ihm egal. Solange wir in der Gesellschaft diese Menschen akzeptieren, ist ihm, ihr und es viel mehr geholfen. Ich weiss gar nicht, was wir hier schwatzen. Die Gesellschaft muss das Herz und die Hände öffnen und die Leute willkommen heissen und nicht der Stadtrat eine andere Briefmarke nehmen, weil dort ein Männchen abgebildet ist und nicht ein Weibchen. Ich sage es mit den Worten von Gott. Wehret den Anfängen, denn das hört nicht mehr auf.

GR Brändli: GR Merk, bevor du einen Ordnungsantrag stellst, den ich auch unterstützen würde, damit wir zur Schlussabstimmung kommen, vielleicht ein bisschen ein ähnliches Thema wie GR Ribezzi. Mich würde es schon interessieren, was nonbinäre oder diverse Personen, wie man sie auch nennen mag, meinen. Oder wird denen von den anderen Geschlechtern etwas aufgedrückt, was sie selber gar nicht wollen? Dazu hätte ich gern eine Auskunft von dieser Gesellschaft. Und jetzt kannst du den Ordnungsantrag ruhig stellen.

GR Dufner: Ich habe von der Fraktion FDP/Die Mitte/EVP den Auftrag gefasst, unsere Meinung in die Runde zu werfen. Die Fraktion stimmt dem Antrag mit den Ausführungen des Stadtrats zu und wird das Postulat einstimmig ablehnen. Wir meinen, dass ein vorgezogener Alleingang zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht und auch keinen Mehrwert bringt.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen nicht überwiesen.

13. Postulat Seeradweg - eine zukunftsweisende Velostrasse / Stellungnahme

GR Leuch: In 10 Jahren ein Plus von 32 Prozent. 2012 fuhren an der Messstation in Bottighofen 289'000 Velos vorbei. 2022 waren es 382'400. Es ist ganz neu, dass der Kanton auch die Zahl der Velos veröffentlicht, die an diesen Messstationen vorbeigefahren sind. Wir haben zufälligerweise eine in der Nähe, weil sie wahrscheinlich dachten, dass hier relativ viele Velos fahren. Das Fazit ist, der Langsamverkehr ist in. Sich aus eigener Kraft vorwärtsbewegen, ihr wisst, ich bin noch nicht E-mässig unterwegs und die meisten eben doch auch noch nicht, sich aus eigener Kraft vorwärtsbewegen ist gesund und schön und gut für die Gesundheit. Ich sage nicht, dass das andere nicht auch gesund ist, aber das ist noch ein bisschen gesünder. Ein Veloweg also für Alter, Freizeit und Tourismus. Zum 40-jährigen Jubiläum dieses Jahres des Bodensee-Radwegs passt es eigentlich, dass der Vorstoss zufälligerweise etwa im richtigen Moment kam. Der Wunsch ist jetzt geäussert, die Umsetzung würde ich meinen, birgt doch noch einige Knacknüsse. Es gibt schon ein paar problematische Sachen, an denen man schon länger herumkaut, die nicht ganz einfach zu lösen sein werden. Bei unseren Sportlern freuen wir uns, wenn sie Spitzenleistungen erbringen, Erfolge ausweisen können. Wir haben es jetzt gerade auch gesehen, mit einem Goal schafft man knapp noch den Ligaerhalt bei den Handballern. Ich denke, wir freuen uns auch über dieses eine Goal, dass sie in der Nati bleiben können. Freuen wir uns doch auch, wenn Kreuzlingen eine Vorreiterrolle in anderen Sachen einnimmt, zum Beispiel Velowege und planen wir mutig diese Velostrasse voran. Erfreulich ist auch, dass die Planung bereits relativ schnell gestartet wurde und dass der

Veloweg von Bottighofen bis Tägerwilen in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Langsamverkehr des Kantons in Absprache geplant wird. Es ist nicht eine Einzelaktion, sondern sollte weiter herum ein grösseres Echo haben. Ein sicherer und klar markierter Veloweg für alle.

Der Ratspräsident: Der Stadtrat empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen überwiesen.

Verschiedenes

14. Schriftliche Anfrage betreffend Standort Flüchtlingsunterkünfte in Konstanz / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die schriftliche Anfrage betreffend Standort Flüchtlingsunterkunft wurde beantwortet, eine Diskussion dazu findet nicht statt.

15. Verschiedenes

15.1. Postulat Verkürzte Einbürgerungsverfahren für in der Schweiz geborene und aufgewachsene Menschen bis 25 / Eingang

Der Ratspräsident: Das Postulat Verkürzte Einbürgerungsverfahren für in der Schweiz geborene und aufgewachsene Menschen bis 25 von der Fraktion SP/GEW/JUSO ist eingegangen (Beilage 1).

15.2. Interpellation Fussballtribüne / Eingang

Der Ratspräsident: Die Interpellation Fussballtribüne von der Fraktion SP/GEW/JUSO ist eingegangen (Beilage 2).

15.3. Post Provisorium – Fragen von Gemeinderat Jost Rüegg

STP Niederberger: Der Stadtrat hat am 20. April 2022 von GR Rüegg eine einfache Anfrage erhalten. Und zwar stellt er Fragen zur Visierung und zum Baugesuch für das Postprovisorium auf der Festwiese. Das ist eine einfache Anfrage gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements. Darin steht, dass der Stadtrat die Fragen mündlich an der Gemeinderatssitzung beantwortet. Danke vielmals Jost Rüegg, dass du uns diese Fragen gestellt hast. Die einfache Anfrage beinhaltet sieben ziemlich komplexe Fragen und man kann sich vorstellen, dass es aufgrund dieser sieben Fragen auch eine ausführliche Antwort gibt. Wir haben entschieden, aus Gründen, die wir kennen, auf eine mündliche Beantwortung zu verzichten. Wir haben das jetzt aber ausnahmsweise schriftlich vorbereitet. Ich bitte Janine und ihr Team, es zu verteilen (Beilage3). Ich möchte damit sagen, uns ist es ein Anliegen, dass wir diese Fragen beantworten können. Wir wissen natürlich und sind uns dessen bewusst, dass hier auch ein Informationsbedarf besteht. Das möchten wir jetzt mit dieser schriftlichen Beantwortung machen und hoffen aber auf Verständnis, dass das zukünftig nicht immer so gemacht wird. Denn wir finden, eine einfache Anfrage soll wirklich auch eine einfache Frage bleiben. Ich möchte nur ganz kurz zusammengefasst sagen, die Hauptpost wird abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt. Wir werden etwa drei Jahre lang keine Hauptpost haben. Die Post hat verschiedenste Varianten gesucht, sei das auf Privatboden oder auf öffentlichem Boden, und nichts gefunden. Wir haben die Post da natürlich unterstützt. Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass die Angebote der Hauptpost auch weiterhin gewährleistet werden können. Wir sind der Meinung, dass das Provisorium zentral gelegen sein soll, es soll gut erreichbar sein mit MIV sowie ÖV. Und es ist eine provisorische Baute, die nach drei Jahren wieder verschwindet.

Wir haben im Stadtrat entschieden, den Standort auf der Festwiese anzubieten. Es fallen keine Parkplätze weg, die Veranstaltungen können weiterhin durchgeführt werden. Das war wirklich ein Entscheid für den Service public, für unsere Bevölkerung und für das Gewerbe.

GR Rüegg: Ich danke dem Stadtpräsidenten für die Beantwortung. Ich bin froh, dass wir es schriftlich erhalten haben, sonst hätte ich nämlich noch darum gebeten. Ich muss aber sagen, das ist nicht eine einfache Anfrage. Den Begriff einfache Anfrage gibt es nicht, es gibt den Begriff schriftliche Anfrage, eine solche habe ich nicht gemacht. Sondern es heisst hier Frage an den Stadtrat Art. 52. Das wird in der Regel mündlich gefragt und mündlich geantwortet und man kann es bis zwei Tage vor der Sitzung einschicken. Ich habe es viel früher geschickt, weil die Fragen ein bisschen länger sind. Ich finde es aber vernünftig, dass ich es jetzt schriftlich bekommen habe. Es gibt gemäss Reglement darüber auch keine Diskussion, daher möchte ich auch das, was du gesagt hast, nicht kommentieren. Ich werde mit den Antworten das anfangen, was mir wichtig erscheint und damit ist das abgeschlossen. Vielen Dank.

15.4. Postulat Seeradweg – Abstimmungsergebnis

GR Salzmann: Ich glaube, dass wir bei der Abstimmung 37 Gemeinderäte waren. Demzufolge waren es 32 Ja und 5 Nein statt 33 Ja und 5 Nein. Ich bitte, das Resultat zu berichtigen.

15.5. Tempo 30 auf Kantonsstrassen – Einführung, wo aus Lärmschutzgründen notwendig

GR Portmann: Ich habe gestern folgende Nachricht mitbekommen: "Auf diesen 6 Strassen herrscht bald Tempo 30. Der Kanton Thurgau will etwas für den Lärmschutz unternehmen und plant 30er-Zonen in Arbon, Bischofzell, Ermatingen, Kreuzlingen, Sirnach und Steckborn. Die Projekte werden nach den Sommerferien öffentlich aufgelegt." In diesem Artikel steht, dass der Kanton Thurgau die Bergstrasse, eine der meistbefahrenen Strassen, an der es unheimlich viele Wohnungen gibt, wegen Lärmschutz auf Tempo 30 machen will. Ich kann mir den Nutzen und den Sinn an dieser Strasse nicht vorstellen, wenn schlechtes Wetter herrscht und es Eis hat, wenn Lastwagen mit Tempo 30 dort hinauffahren müssen. Von oben nach unten ist es ein bisschen anders, da kann ein bisschen bremsen, dann geht es einfacher, wenn viel Verkehr durchfliesst, dass der Kreisel nicht verstopft wird. Es gibt so viele Punkte. Nun wird es aufgelegt, wir haben bis heute von der Stadt Kreuzlingen darüber nichts gehört. Ich möchte gern wissen, was die Stadt Kreuzlingen davon hält, dass die Bergstrasse im Auftrag des Kantons Thurgau Tempo 30 werden soll.

STP Niederberger: Heute haben wir vom Kanton ein Kuvert mit einer Mappe und den Bericht erhalten. Ich bin einmal vorinformiert worden, dass in Steckborn eine Medienkonferenz stattfindet, ansonsten haben wir bisher auch keine Informationen. Ich habe den Bericht heute rasch durchgeblättert, dort sind detaillierte Lärmmessungen dabei. Wir werden das jetzt studieren. Es handelt sich um die Bergstrasse vom Sonnenkreisel bis zum Viadukt. Das ist der Bereich, den der Kanton gedenkt, aus Lärmschutzgründen auf Tempo 30 zu machen. Dort wird wahrscheinlich auch gar nicht viel mehr gefahren, ob aufwärts wie abwärts, aber wir werden es anschauen.

15.6. Verabschiedung Stadträtin Dorena Raggenbass

SR Raggenbass: Das ist heute ein besonderer Tag, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätztes Publikum und Gäste und Menschen, die hier sind und mich in dieser Zeit begleitet haben. Bewegt – das war mein Slogan, als ich mich vor über 16 Jahren zur Wahl und zur Verfügung gestellt habe – Raggenbass bewegt. Bewegen konnte und durfte ich ganz viel. Projekte, Förderungen, Strukturen, Konzepte – viele sehr unterschiedliche Sachen. Begleitet haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und allen voran und stellvertretend für alle Ruedi Wolfender. Mein Team, alle sind unheimlich ideenreich, sie sind motiviert, sie haben so viele Talente, dass es einen manchmal schwindelt. Sie haben Freude und wir hatten immer Humor, egal was uns passiert ist. Wenn Sachen nicht auf Anhieb gelangen, der Humor ist uns nie ausgegangen. Mitdenkerinnen sowie Mitdenker und Kritikerinnen sowie Kritiker hatte ich Gott sei Dank auch ganz viele. Einmal natürlich in der GKS mit GR Brändli.

Er war die ganze Zeit dabei und dafür dir Christian ganz vielen Dank. Denn es war wertvoll, dass mit einer Auswahl aus dem Gemeinderat viele Projekte gemeinsam aufgebaut, entwickelt und kritisiert wurden. Genau diese Kritik war für alle Projekte sehr wichtig. Denn nur so kann man ein Projekt stärken, und wir durften bei den Gemeinderats- und Volksabstimmungen auch sehr viel Erfolg verzeichnen. Vertrauen: Vertrauen im Gemeinderat, in der GKS natürlich unterstützend, im Erfolg und in allen Menschen, die in dieser Stadt wohnen, das haben wir gespürt, das haben wir bekommen und darauf dürfen wir stolz sein, mit euch zusammen, mit meinem Team und natürlich mit dem Stadtrat, das erreicht zu haben. Beeindruckt: Beeindruckt haben mich alle Begegnungen mit Menschen, von denen ich ganz viele haben durfte mit unseren vielen Vereinen. Freiwillige, die engagiert arbeiten, aus Herzblut und mit Herzblut und mit einem enormen Engagement, das hat mich wahnsinnig beeindruckt und für diese Stadt auch stolz gemacht. Bewegt: Ich bin sehr bewegt, denn das war heute etwa in der 31. Gemeinderatssitzung viel Weiterbildung, was ich mir alles versucht habe zu merken und natürlich umzusetzen. Bewegt war vor allem die Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitenden unserer Stadt. Es sind mehr als 200 Mitarbeitende, die einen wahnsinnigen Job machen. Und Job ist nicht einmal das richtige Wort, das ist Berufung in jedes Mitarbeiters Position. Das hat mich immer wieder sehr, sehr bewegt. Danke an alle, die mich begleitet haben, die mich kritisiert haben. Ich muss das noch einmal wiederholen, denn es gab einige. Vor allem im starken Stadtrat, wo ich einige verschiedene Stadträte erleben durfte, die mich mehr oder weniger kritisiert haben. Aber jedes Mal war es bereichernd und gut und wir konnten danach immer noch miteinander ein Bier trinken. Danke an alle, die mich gestärkt und unterstützt haben und mir immer wieder Mut gemacht haben. Danke hier an alle. Wir leben in einer wahnsinnig tollen Stadt, die zwischen See und Wald liegt, die ein grosser Kulturraum ist. Da gehe ich über die Grenzen hinweg, wir können nämlich auch zusammen, wir konnten gemeinsam sehr viel erreichen. Ganz viele verschiedene Veranstaltungen und wir gehören einfach zusammen, das ist unsere Geschichte, und auf die bin ich wiederum auch stolz, dass ich hier aufwachsen durfte, hier leben durfte und in diesen 16 Jahren einiges mitwirken durfte. Aber nie allein, immer mit allen anderen zusammen. Wir haben in dieser Zeit zwei Slogans kreiert. Das ist einmal die Stadt für alle, die im Leitbild weitergetragen wird, welches wir gemeinsam partizipativ – das ist ein Wort, welche sich immer noch nicht richtig aussprechen kann – mit allen machen, die in dieser Stadt wohnen. Und wir sind 100 Prozent Kreuzlinger, egal welche Farbe, egal welche Nation oder von welcher Kultur wir kommen. Das macht uns aus, das ist Kreuzlingen, das sind Kreuzlingerinnen und Menschen, die hier wohnen. Und da freue ich mich, dass ich weiter in dieser Stadt wohnen und mit euch zusammen nur noch abstimmen und diese Stadt weiter begleiten darf. Vielen Dank für alles!

Der Ratspräsident: Liebe Dorena, auch ich möchte dir im Namen des ganzen Gemeinderats Danke sagen für deine Arbeit als Stadträtin in den letzten 16 Jahren. Mit dir hat die Stadt in vielen Bereichen wahnsinnig viel gewonnen. Und jetzt verlieren wir mit dir eine wahnsinnig innovative und starke Frau im Stadtrat. Ich hoffe, man hört und sieht dich auch noch nach deiner Amtsübergabe und wir werden dich wirklich vermissen. Auch für mich ist das heute meine letzte Sitzung als Gemeinderatspräsident und mir bleibt nur noch eines zu sagen: Danke. Und jetzt wünsche ich euch allen zum letzten Mal einen wunderschönen Abend.

Sitzungsende: 20.20 Uhr

Beilagen

1. Postulat Verkürzte Einbürgerungsverfahren für in der Schweiz geborene und aufgewachsene Menschen bis 25
2. Interpellation Fussballtribüne
3. Beantwortung Fragen GR Rüegg zum Post Provisorium

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Die Stimmenzählerin



Postulat

Verkürztes Einbürgerungsverfahren für in der Schweiz geborene und aufgewachsene Menschen bis 25 Jahre

Mai 2023 | Addisa Hebeisen und Adrian Knecht

Einleitung

Im Jahr 2015 haben Gemeinderätinnen der Fraktion SP/Gew/Juso ein Postulat eingereicht mit der Absicht, das Einbürgerungsverfahren in Kreuzlingen zum Verwaltungsakt weiterzuentwickeln. Dieses wurde am 17. März 2016 vom Gemeinderat abgelehnt. Seither haben uns weiterhin zahlreiche Rückmeldungen von Personen erreicht, die den Prozess der Einbürgerung als übermässig aufwändig und hindernisreich erlebt haben. Insbesondere für Menschen, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind, ist der Aufwand zum Erhalt der Staatsbürgerschaft unverhältnismässig gross. Dies hält auch viele junge Personen davon ab, den Schritt der Einbürgerung zu machen. Entsprechend ausgeprägt ist das Demokratievakuum in Kreuzlingen. Politische Beteiligung zählt zu den Grundpfeilern der Demokratie. Wer Gesetzen unterworfen ist, soll über diese mitbestimmen können. Insbesondere wenn die Person das ganze bisherige Leben hier verbracht hat. Dieser Vorstoss beabsichtigt die Förderung eines demokratischen Verständnisses und einer gelebten Partizipationskultur.

Begehren

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das jetzige Einbürgerungsverfahren – also die Prüfung der Erfüllung der materiellen Voraussetzungen bezüglich geordneter persönlicher und finanzieller Verhältnisse, Deutschkenntnisse, Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung und Kenntnisse der örtlichen, kantonalen und schweizerischen Lebensverhältnisse der Gesuchstellenden – für Personen bis zum Alter von 25 Jahren, die in der Schweiz geboren sind und die obligatorische Schulzeit in der Schweiz absolviert haben, verkürzt geführt werden kann. Konkret soll das Verfahren für diese Personen lediglich aus der Dokumentenprüfung durch die Einbürgerungskommission bestehen. Diese soll direkt zu einer Empfehlung zuhanden des Gemeinderates führen. Auf einen schriftlichen Wissenstest und ein Integrationsgespräch soll verzichtet werden.

Begründung

- Rahmenbedingungen
 - Hoher Anteil Ausländer:innen:
Ende 2021 wohnten in Kreuzlingen rund 12'500 Ausländer:innen. In Kreuzlingen ist der Ausländer:innenanteil mit 55 % kantonsweit am höchsten. Schweizweit gab es 2020 acht weitere Gemeinden mit einem Anteil von 50% oder mehr - diese Gemeinden sind bevölkerungsmässig kleiner als Kreuzlingen.
 - Tiefe Einbürgerungsquote:
Im Jahr 2022 wurden durch die Einbürgerungskommission (EBK) insgesamt 72 Gesuche behandelt, 60 Gesuche wurden dem Gemeinderat mit positivem Antrag unterbreitet. Die Gesuchsrückzüge wurden grossmehrheitlich nach nicht bestandem Wissenstest vorgenommen.
- Grundsatz Gleichberechtigung
 - Ausländische Personen, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind, durchlaufen hier die gesamte Schullaufbahn. Es ist anzunehmen, dass sie dadurch dieselben Kompetenzen in den Wissensbereichen Politik, Geschichte und Geografie erlangen wie Mitschüler:innen mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Trotzdem müssen sie bis heute deutlich mehr Aufwand betreiben, um die gleichen Rechte zu erhalten. Dadurch werden sie benachteiligt. Diese Diskriminierung kann durch den Vorstoss abgeschwächt werden.

- Bisher können Personen unter 25 Jahren aus einer ausländischen Familie, die in dritter Generation in der Schweiz leben, ein Gesuch zur erleichterten Einbürgerung stellen. Junge Menschen, die in der Schweiz sozialisiert wurden, sollen die Identifikation mit der Schweiz durch die Staatsbürgerschaft abrunden können, unabhängig von der Anzahl Vorgängergenerationen.
- Der Vorstoss bewirkt durch die Verkürzung des Verfahrens eine Kostenreduktion für Menschen, die ihr ganzes Berufsleben lang in der Schweiz Steuern bezahlen werden. Die Arbeit der Einbürgerungskommission verringert sich durch das neue Vorgehen, sodass eine wesentliche Einsparung von Steuergeldern erreicht werden kann.

Kreuzlingen, 11. Mai 2023



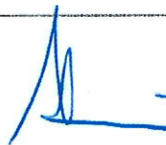
GR Addisa Hebeisen
Erstunterzeichnerin



GR Adrian Knecht
Erstunterzeichner



GR Osman Dogru



GR Andreas Hebeisen



GR Fabienne Herzog



GR Ruedi Herzog



GR Cyrill Huber



GR Charis Kuntzemüller



GR Elina Müller

Kathrin Wittgen
GR Kathrin Wittgen

Interpellation gemäss Art. 48 des Gemeinderatsreglements**«Fussballtribüne»**

Die Stadt Kreuzlingen hat sich über die Grenzen hinaus als Sport- und Schulstadt einen Namen gemacht. Die Förderung des Breitensportes bringt Erfolgserlebnisse mit sich. Einzelsportler und Einzelsportlerinnen wie auch Sportteams können angefeuert durch das Publikum tolle Erfolge feiern.

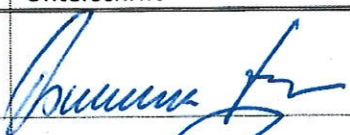
Der über hundertjährige Traditionsverein FC Kreuzlingen durfte in den letzten Jahren dank Unterstützung der Stadt die Infrastruktur rund um die Fussballplätze ausbauen. Damit gelingt es, die Sportförderung auf allen Altersstufen zu optimieren und erfolgreiche Mannschaften aufzubauen. Die Jugendförderung beim FC Kreuzlingen ist so erfolgreich wie schon seit langem nicht mehr (Stand 2023: 175 Jugendliche alleine aus Kreuzlingen; total 260 lizenzierte Jugendspieler). Erfreulicherweise bereichern auch Mädchenteams den Fussballbetrieb im Klein Venedig. Die Bodenseekickers sind eine Heimat für Menschen mit einer Beeinträchtigung geworden und damit ein fester Bestandteil der Fussballkultur im FC Kreuzlingen. Der wachsende Betrieb ist eine Freude - aber der Fussballsport findet bei Regen, Wind und Sonnenschein draussen statt. Die treuen und neuen Fans und Angehörigen der verschiedenen Mannschaften stehen bei jedem Wetter am Rande des Fussballplatzes und feuern die Spieler zum Erfolg an. An den gut besuchten Fussballmatches begrüsst man bei Erstligaspielen jeweils 250 – 500 Personen. Die Tribüne und damit auch die Zuschauer sind dabei schutzlos dem Wetter ausgesetzt. Hier würde eine einfache Überdachung Abhilfe schaffen und den Publikumszuspruch weiter erhöhen. Adäquate Rahmenbedingungen tragen zum Erfolg bei. Eine gedeckte Zuschauertribüne würde diese ergänzen und der gängigen Infrastruktur von Erstliga-Vereinen entsprechen.

Dazu folgende Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zum Bau von gedeckten Tribünen auf den Fussballplätzen? Bestehen dazu entsprechende Konzepte und Entwicklungspläne?
2. Kann sich der Stadtrat vorstellen, zusammen mit den FC-Kreuzlingen eine Tribüne zu erstellen? Wenn ja, ist er bereit dazu baldmöglichst die nötigen Abklärungen mit verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten zu treffen?

Freundliche Grüsse

Osman Dogru (SP/Gewerkschaften/Juso)

Name	Vorname	Unterschrift
Dogru Erstunterzeichner	Osman	
	René	

Freienmuth	Vincenza	V. Fh
Rüegg	Markus	M. Ry
Leutenegger	Guido	G. H
Salzmann	Alexandre	A. Salz
KNECHT	ADRIAN	A. KNECHT
Herzog	Fabienne	F. Herzog
Herzog	Zuedi	ZH
Ribezzi	Fabrizio	F. Ribezzi
Zülle	Daniela	D. Zülle
Schulken	Georg	G. Schulken
Schindler	Séverine	S. Schindler
Herzog	Jérôme	J. Herzog
Keller	Nico	N. Keller
Schlöpfer	Pogor	P. Schlöpfer
Brandli	Christen	C. Brandli
Hebeisen	Andreas	A. Hebeisen
Färber	Veronika	V. Färber

Tekin

Armina

Tekin

Controllen

Chais

Ch

Habe Cny

CAB

Gemeinderatssitzung vom 11. Mai 2023**Post-Provisorium****Beantwortung der Fragen an den Stadtrat von Gemeinderat Jost Rüegg vom 20. April 2023****Frage 1: Wann hat der Stadtrat erfahren, dass die Post ein Grundstück für ein dreijähriges Bauprovisorium mit Parkplätzen sowie Zu- und Wegfahrten sucht?**

Im Rahmen des privaten Studienauftrags der Post und des anschliessenden Gestaltungsplanverfahrens war die Stadt, insbesondere die Bauverwaltung, seit 2016 in zum Teil regem Austausch mit der Post. Die Suche nach einer Lösung für ein Bauprovisorium war dannzumal jedoch nicht Gegenstand der Diskussionen. Mit der Genehmigung und Inkraftsetzung des Gestaltungsplans Ende 2021 und der Bearbeitung des Baugesuchs wurden Fragen zum Bauprovisorium aktuell (Beilage 1).

Im Januar 2022 diskutierte der Stadtrat mögliche Standorte auf städtischem Grund und kommt zu folgenden Schlüssen:

- Das Vermieten eines Teils des Parkplatzes an der Marktstrasse kommt für den Stadtrat nicht in Frage. Die Zufahrt via Marktstrasse wird als eher problematisch eingestuft. Auch würden für das umliegende Gewerbe wichtige Parkplätze im Zentrum entfallen.
- Das Vermieten des Helvetia-Parkplatzes kommt für den Stadtrat nicht in Frage. Ausschlaggebend sind hier Platzgründe und ebenfalls eine problematische Zufahrt. Auch würden für das umliegende Gewerbe wichtige Parkplätze im Zentrum entfallen.
- Falls alle Stricke reissen, kann die Stadt für das befristete Provisorium den Standort Bärenplatz vor dem Dreispitz Sport- und Kulturzentrum in Aussicht stellen (vorbehältlich öffentlich-rechtlicher Vorschriften)

Aus heutiger Sicht ist kein Konflikt zwischen dem befristeten Provisorium und den Bauarbeiten für eine Neugestaltung der Festwiese zu erwarten, denn die Vorarbeiten wie Varianzverfahren, Ausschreibung etc. brauchen ihre Zeit. Wenn wider Erwarten ein Konflikt mit den Bauarbeiten für eine Neugestaltung der Festwiese entstünde, könnte die Stadt immer noch angemessen reagieren und sich schadlos halten. Von einer längeren bzw. relevanten Verzögerung ist bei der Post als Bauherrschaft jedenfalls nicht auszugehen.

Frage 2: Was für mögliche ungenutzte Gebäude und Standorte wurden geprüft?

Es ist grundsätzlich Sache der Post, ein geeignetes Provisorium zu finden. Die Stadt unterstützte die Post jedoch mit diversen Standort-Hinweisen (ohne Kenntnis, ob die Grundeigentümerschaften bereit wären, zu vermieten):

- Karussell
- Hotel Post
- Alte Migros / heute "Midori" (Konstanzerstrasse)
- Geschäftshaus Stromeyer (Bahnhofstrasse 31)
- Freie Fläche gegenüber Bahnhofstrasse 7
- Freie Fläche ca. Bahnhofstrasse 5

Die Wiese an der Nationalstrasse steht wegen eigenen Planungen **nicht** zur Verfügung. Die Post prüfte erfolglos weitere Standorte wie beim "Rondo", "Seepark", usw.

Frage 3: Warum wurde dieses Bedürfnis der Post weder der Kommission für Bau und Umwelt noch dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, geschweige denn dort diskutiert?

- Die Kompetenzen des Stadtrats sind in der "Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Kreuzlingen" vom 28. April 2020 definiert.
- Art. 10 regelt die Kompetenzdelegation: "Geschäfte, die ihrer Bedeutung nach oder von Gesetzes wegen nicht der Behandlung durch den Stadtrat bedürfen, überträgt der Stadtrat den Departementen oder den Ämtern zur selbstständigen Erledigung (Art. 10 Abs. 1).
- Pro Abteilung besteht ein Funktionendiagramm, das die Kompetenzen und Informationspflichten festhält (Art. 10 Abs. 2).
- Das vom Stadtrat genehmigte "Funktionendiagramm Gesellschaft" besagt in Ziffer 3.7, dass die Entscheidkompetenz von grösseren Nutzungsverträgen bei der Vorsitzenden des Departements Gesellschaft liegt und dass darüber der Stadtrat informiert werden muss.
- Die Unterzeichnung solcher Verträge erfolgt durch die Departements-Vorsitzende und den Ressortleiter.
- Ziffer 3.8 besagt, dass Stadtpräsident und Stadtschreiber Baugesuche (ohne Traktandierung an Stadtratssitzungen) unterzeichnen.

Fazit: Entscheidkompetenz und Informationspflicht erfolgten gemäss der Geschäftsordnung des Stadtrats. Das Abschliessen eines solchen befristeten Nutzungsvertrags liegt also nicht einmal in der Zuständigkeit des Stadtrats, geschweige denn in derjenigen des Gemeinderats. Aus verschiedenen Gründen (eingehaltene Entscheidkompetenz, klare baurechtliche Ausgangslage, relativ geringfügiges bzw. temporäres Bauprojekt etc.) wurde auf eine Information verzichtet. Rückblickend hätte aufgrund der politischen Dimension des Vorhabens der Post eine Information in einer Kommission, im Gemeinderat oder in anderer Form evtl. jedoch durchaus erfolgen können.

Frage 4: Wie kam der Stadtrat dazu, den jetzt publizierten Standort auf der Festwiese beim Bärenplatz überhaupt in Erwägung zu ziehen, dies im Wissen, dass die Kreuzlinger Stimmbevölkerung die "Volksinitiative zur Freihaltung der Festwiese beim Bärenplatz" am Sonntag, 7. März 2021 deutlich angenommen hat?

- Die Stadt setzt sich mit Engagement dafür ein, dass auch während dem Bau der neuen Post an der Nationalstrasse eine vollwertige Poststelle im Kreuzlinger Zentrum bleibt und die hiesige Bevölkerung mit Dienstleistungen im Rahmen ihres Versorgungsauftrags bedienen kann.
- Wie dargelegt, hat die Post diverse Standorte auf privaten Grundstücken und in bestehenden Geschäftshäusern geprüft.
- Auch die Stadt hat verschiedene Standorte geprüft.
- Nachdem alle anderen Standorte nicht zum Ziel geführt haben, verbleibt als einziger Standort im Zentrum, der kurzfristig verfügbar ist, der Standort beim Bärenplatz.
- Eine Post-Nutzung ist hier baurechtlich zulässig (siehe Antworten zu Frage 5).
- Nach Fertigstellung der Post-Überbauung an der Nationalstrasse muss das befristete Provisorium demontiert und der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt werden.

Im Übrigen kommt das von der Stadt in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von PD Dr. iur. Goran Seferovic vom 5. März 2020 zum Schluss, dass die Initiative einerseits ein Projekt für einen anderen Standort zur Erstellung von Räumen für die Stadtverwaltung und andererseits die Aufhebung des Kreditbeschlusses des bisherigen Stadthausprojekts verlangt. Aus der im Titel der Initiative erwähnten Freihaltung der Festwiese beim Bärenplatz kann hingegen kein juristischer Anspruch abgeleitet werden. Massgebend ist allein der Text der Initiative.

Frage 5: Ist sich der Stadtrat bewusst, dass gemäss dem aktuellen und künftigen Zonenplan ein Dienstleistungsbetrieb auf der Festwiese nicht zulässig ist?

- Gemäss heute rechtskräftigem und zukünftigem Baureglement liegt der Standort in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ZoeBA).
- In dieser Bauzone (ZoeBA) sind öffentliche oder im öffentlichen Interesse liegende Bauten und Anlagen zulässig.
- Auch Bauten und Anlagen, von privaten Institutionen, die zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben dienen, sind in der ZoeBA zulässig.
- Bauten und Anlagen, die rein privaten Zwecken dienen, können hingegen auf Parzellen, die in der ZoeBA liegen, nicht realisiert werden.
- Die Post hat unter anderem gemäss ihrem gesetzlichen Leistungsauftrag die Erfüllung der postalischen Grundversorgung zu garantieren.
- Ohne Zweifel erfüllt die Post mit ihren Dienstleistungen wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit.
- Durch die Erfüllung der Grundversorgung ist die Post, als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft, ohnehin als Baute im öffentlichen Interesse zu taxieren.
- Aus diesem Grund ist die Post in der ZoeBA heute wie auch zukünftig in der ZoeBA zonenkonform.
- Auch in anderen Gemeinden der Schweiz sind Postfilialen in der ZoeBA angesiedelt.
- Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Post im Baugesuch für das Post-Provisorium auf der Festwiese explizit für eine auf drei Jahre befristete Baubewilligung gestellt hat, nämlich für die Neubau-Phase des Postgebäudes an der Nationalstrasse.

- Für befristete Bauten wären nach kantonalem Planungs- und Baugesetz selbst Ausnahmen ausdrücklich möglich.

Frage 6: Mit dem Verweis auf das Öffentlichkeitsgesetz frage ich den Stadtrat an, ob er bereit ist, eine allfällige Vereinbarung mit der Post offen zu legen, sollte ein Bauprojekt auf öffentlichem Grund weiterhin in Erwägung gezogen werden?

Selbstverständlich legt die Stadt den Entwurf eines Nutzungsvertrags des Departements Gesellschaft offen (Beilage 2).

Frage 7: Wie stellt sich der Stadtrat die Nutzung der Festwiese für öffentliche Veranstaltungen wie z. B. Jahrmarkt, Weihnachtsmarkt, GEWA etc. vor, wenn mittendrin dieses Postgebäude mit Zu- und Wegfahrten in Betrieb steht?

Nach rund einem Jahr Prüfung verschiedener Standorte haben quasi "alle Stricke gerissen", das heisst, es bleibt gemäss Aussagen der Post nur noch der Standort Bärenplatz.

Im Januar 2023 kommunizierte die Stadt der Post unter anderem:

- Der Standort ist nicht unumstritten.
- Während weniger Tage im Jahr (z. B. Jahrmarkt, etc.) kann die Post nicht direkt anliefern (sondern muss mit Handwagen Pakete / Briefe holen resp. bringen).
- Die Stadt empfiehlt eine angemessene Erscheinung / Fassaden.
- Die Stadt empfiehlt mit einer Wärmepumpe zu heizen.
- Die Post stellt nach dem Rückbau des Provisoriums den ursprünglichen Zustand, inkl. Baumpflanzungen (bzw. Ersatzmassnahmen), wieder her.

Die Fläche, die das Provisorium braucht, liegt grösstenteils ausserhalb der Jahrmarkt-Fläche.

Fazit

- Wenn die Post im Zentrum keinen geeigneten Standort für ein Provisorium findet, steht im ungünstigsten Fall während der Bauzeit der neuen Post im Kreuzlinger Zentrum keine vollwertige Poststelle zur Verfügung. Ebenfalls ungünstig wäre aus Sicht der Stadt, wenn die Post auf einen heute unbekannten, peripheren Standort, beispielsweise in ein Industriegebiet, ausweichen oder sich das Projekt aufgrund fehlender Alternativstandorte verzögern würde.
- Diese Szenarien wären aus Sicht der Stadt ein grosser Verlust auch für das Geschäftszentrum und nicht im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner von Kreuzlingen.
- Es gäbe höchstwahrscheinlich keine gute Anbindung an den ÖV und ein peripherer Standort würde neben weiteren Nachteilen beispielsweise eine nachhaltige Mobilität nicht fördern.

Hingegen fördert ein zentraler Standort für das Post-Provisorium

- die nachhaltige Mobilität im Sinne der "Stadt der kurzen Wege", und
- stärkt zudem das Zentrum bzw. das Gewerbe an der Haupt- und Löwenstrasse bzw. am Boulevard und (z. B. feiner Kaffee nach einem Post-Gang).

Aus all diesen Gründen hat sich die Stadt sehr dafür eingesetzt, dass die Hauptpost auch während der Bauphase im Zentrum bleiben kann.

Kreuzlingen, 9. Mai 2023

Beilagen

1. Pläne Post-Provisorium
2. Entwurf Nutzungsvertrag

Geht an (Versand nach Gemeinderatssitzung)

- Gemeinderat, Tischvorlage
- Michael Schmidt, Leiter Bauverwaltung
- Caroline Leuch, Leiterin Kommunikation
- Peter Buri, Bauverwaltung
- Bauverwaltung
- Stadtrat z. K.

Planbestätigung
Im vorliegenden Plan sind die Daten des Plans für das Grundbuch enthalten und richtig wiedergegeben. Planänderungen, Planergänzungen oder Projekte werden mit unserer Unterschrift bestätigt.

Walter G Ingenieure
Datum 28.2.2023
Unterschrift P. J. L.

egende Umbau:

Datum:

Revision:

Minutab:

rojektum

72

1000

Place

1

100

2

1

References

—

100

admission

1000

1

POLYMER LETTERS

2023-0080

BAUHERR

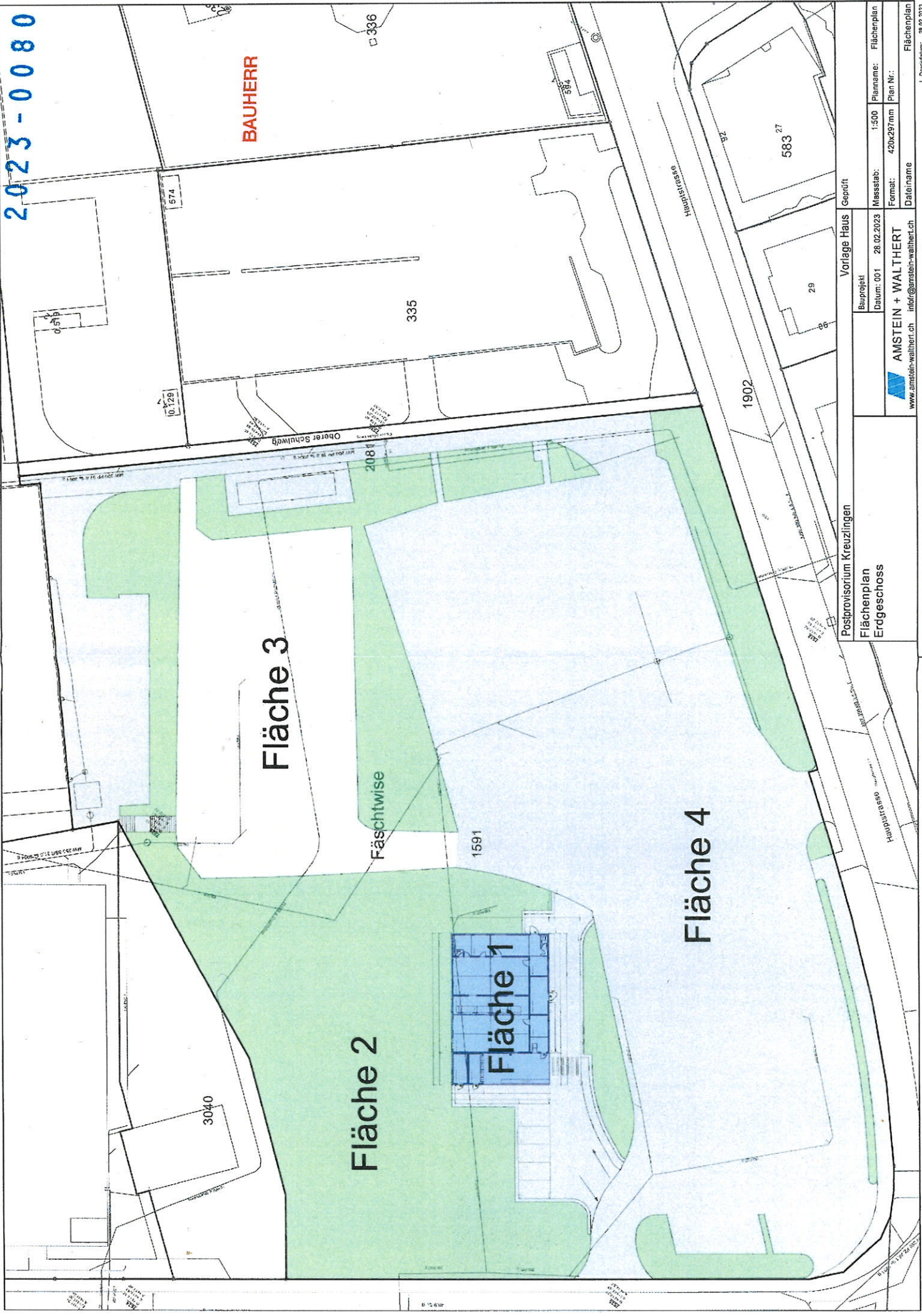
Fläche 3

Fläche 2

Fächweise

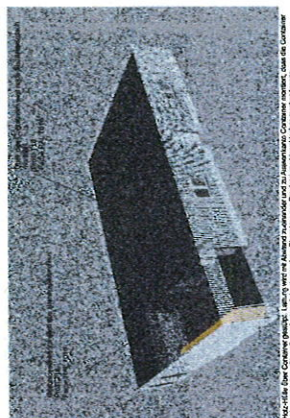
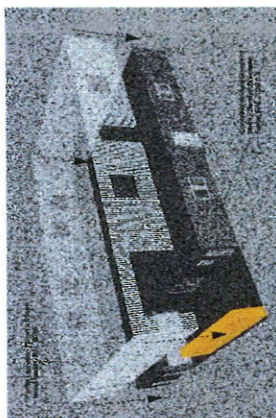
Fläche 1

Fläche 4



Postprovisorium Kreuzlingen
Flächenplan
Erdgeschoss

Vorlage Haus	
Bauprojekt	Geprüft
Datum: 01 28.02.2023	Massstab: 1:500
AMSTEIN + WALTHERT	Planname: Flächenplan
www.amstein-walther.ch	Format: 420x297mm
info@amstein-walther.ch	Plan Nr.:
	Dateiname
	Flächenplan



Die Signaleite ist nicht Bestandteil des Baugemeinschafts.

2023-0080

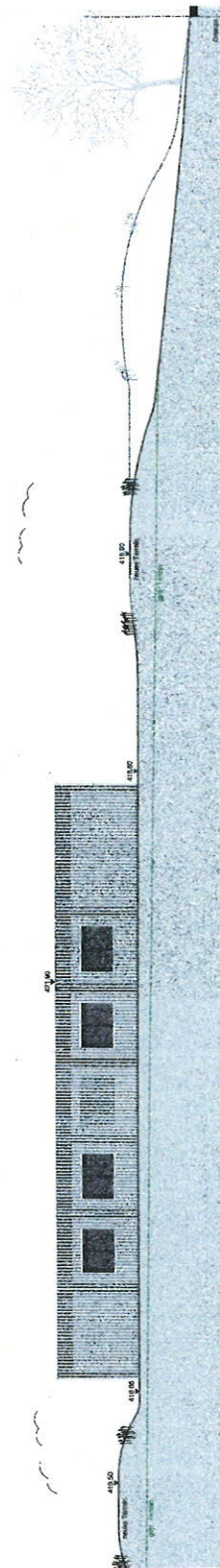
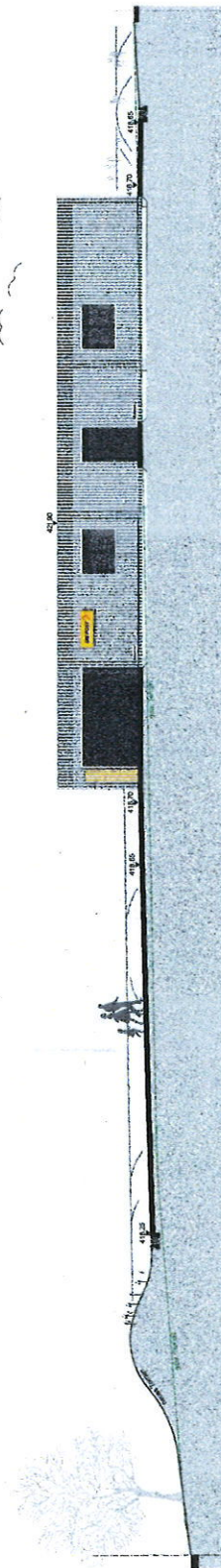
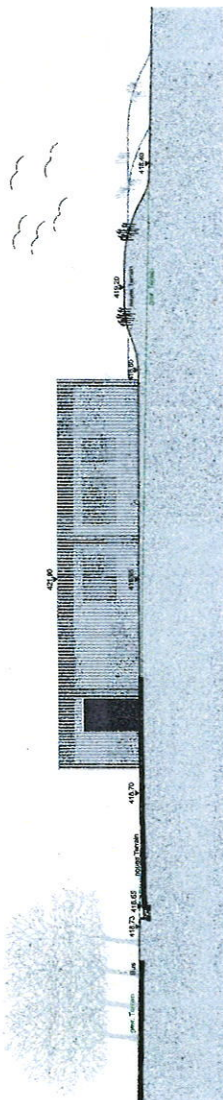
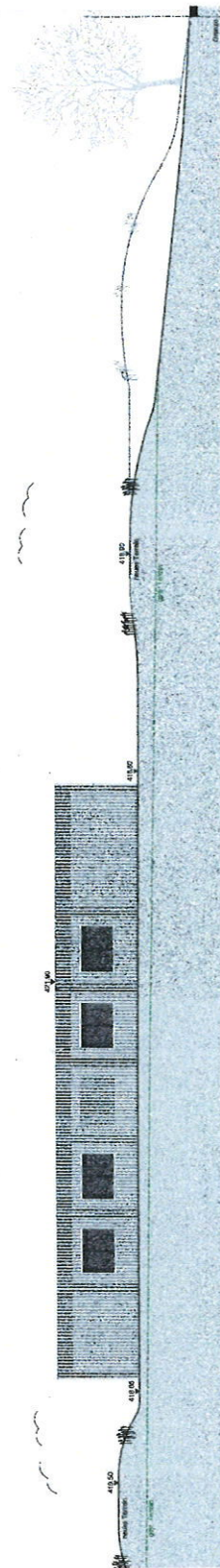
Zürich 07. März 2023

BAUHERR

Zürich 07. März 2023

STADT KREUZLINGEN
Der Bürgermeister Der Stadtschreiber

STADT KREUZLINGEN
Der Bürgermeister Der Stadtrath

[illegible]

Nutzungsvertrag

zwischen

Stadt Kreuzlingen
Liegenschaftsverwaltung
Marktstrasse 4
8280 Kreuzlingen

(Vertragsgeberin)

vertreten durch Stadträtin Dorena Raggenbass und
Liegenschaftsverwalter Peter Bergsteiner

und

Post Immobilien
Management und Service AG
St. Leonhard-Strasse 45
9001 St. Gallen

(Vertragsnehmerin)

vertreten durch Katharina Hartmann

Gegenstand des Vertrages

Die Vertragsgeberin räumt hiermit der Vertragsnehmerin auf dem nachfolgend beschriebenen Grundstück ein Nutzungsrecht ein.

In Kreuzlingen, auf einer Teilfläche der Parzelle Nr.1591, ca. 400 m².

(die vereinbarte Nutzungsfläche ist im beiliegenden Situationsplan rot markiert. Dieser Situationsplan bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Nutzungsvertrages)

Nutzungszweck

Post Provisorium inkl. Parkplätze und Verkehrsflächen

1 Vertragsdauer und Kündigung

Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.09.23 und endet am 31.08.26 ohne weiteres.
(d.h. insbesondere auch ohne das Erfordernis einer schriftlichen Kündigung o.ä.).

2 Nutzungsentgelt

Gemäss Beitrags- und Gebührenreglement für das Bauwesen Art. 5.3 beträgt die Gebühr für die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund für eine Baumassnahme o.ä. CHF 3.- /m² und Monat.

Das Nutzungsentgelt beträgt bei einer Nutzfläche von ca. 400 m² CHF 1'200.- pro Monat. Die Abrechnung erfolgt nach vollen Monaten. Es wird eine jährliche Zahlung im Voraus vereinbart, einzelne Monate bis zum Jahresende werden anteilig abgerechnet.

Das Nutzungsentgelt ist, auf Rechnungstellung der Vertragsgeberin hin im Voraus zu bezahlen.

3 Verfügung über die Nutzungsfläche / Wiederherstellung bei Vertragsbeendigung

3.1 Verfügung über die Fläche

Die Vertragsnehmerin ist berechtigt, im Rahmen der vertraglichen sowie gesetzlichen Bestimmungen über die Nutzungsfläche zu verfügen. Die Nutzungsfläche steht der Vertragsnehmerin während der Vertragsdauer zeitlich unbeschränkt, von Montag bis Sonntag, Tag und Nacht, zur Verfügung. Die Vertragsnehmerin trägt sämtliche Kosten allfälliger baulicher Massnahmen im Hinblick auf die beabsichtigte Nutzung. Bauliche Veränderungen und Nutzungsänderungen, die nicht der vertraglich vereinbarten Nutzung entsprechen, sind nur mit schriftlicher Einwilligung der Vertragsgeberin möglich. Allfällige Baubewilligungsverfahren bleiben zudem vorbehalten.

3.2 Wiederherstellung

Auf die Beendigung des Vertragsverhältnisses hin ist die Nutzungsfläche durch die und auf Kosten der Vertragsnehmerin in ihren ursprünglichen Zustand zurückzusetzen.

4 Betriebssicherheit und Haftung

Für jegliche Vermögens-, Sach- und Personenschäden haftet vollumfänglich und ausschliesslich die Vertragsnehmerin. Sie garantiert der Vertragsgeberin, hierfür während der gesamten Nutzungsdauer ausreichend versichert zu sein. Sofern die Vertragsgeberin für allfällige Schäden in Anspruch genommen werden sollte, übernimmt die

Vertragsnehmerin auf erste Aufforderung hin die entsprechenden Auseinandersetzungen und hält die Vertragsgeberin auf jeden Fall vollumfänglich schadlos.

5 Weitere Vereinbarungen

Es wird Folgendes vereinbart:

Vor Baubeginn wird der Zustand der Nutzfläche fotografisch festgehalten

6 Gerichtsstand

Gerichtsstand für sämtliche aus diesem Vertragsverhältnis sich ergebenden Streitigkeiten bilden die ordentlichen Gerichte zuständig für Kreuzlingen. Anwendbar ist materielles schweizerisches Recht.

Kreuzlingen, Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben.

Stadt Kreuzlingen

Peter Bergsteiner, Liegenschaftsverwalter

Dorena Raggenbass, Stadträtin

Kreuzlingen, Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben.

Post Immobilien
Management und Service AG

Katharina Hartmann

Beilagen

- Situationsplan des Provisoriums mit rot hinterlegter Nutzfläche